



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
16. Wahlperiode

Drucksache 16/64
2005-05-10

Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2004

Federführend ist das Innenministerium

Inhalt

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	5
1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle	5
2 Organisation, Personal, Haushalt	7
II. RECHTSEXTREMISMUS	8
1 Überblick	8
2 Schwerpunkte	10
2.1 Wahlen	10
2.2 „Volksfront von rechts“	13
2.3 Antisemitismus als Schwerpunkt rechtsextremistischer Agitation	20
2.4 Rechtsextremistische Musik-Szene	24
3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen.....	27
3.1 Aktionistische (neo-nationalsozialistisch geprägte) Personenzusammenschlüsse	28
3.1.1 Regionale Schwerpunkte.....	30
3.1.2 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG).....	33
3.1.3 „Braune Hilfe“	34
3.2 Parteien.....	35
3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	35
3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU).....	39
3.2.3 „Die Republikaner“ (REP)	41
3.3 Sonstige	42
4 Verlage und Vertriebe.....	43
5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2002 bis 2004	45
III. LINKSEXTREMISMUS	47
1 Überblick	47
2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums.....	48
2.1 Autonom-anarchistische Szene.....	48
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte	48
2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt	49
2.1.3 Sonderfall „Avanti - Projekt undogmatische Linke“	50
2.1.4 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen	51
2.2 „Rote Hilfe e. V.“	54
2.3 Dogmatischer Linksextremismus	55
3 Aktionsfelder	58
3.1 „Anti-Faschismus“	58
3.2 Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen	60
3.3 „Anti-Militarismus“	63

3.4 „Anti-Rassismus“	64
4 Agitations- und Kommunikationsmedien.....	65
5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2002 bis 2004	66
IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN.....	67
1 Überblick	67
2 Islamismus.....	69
2.1 Wesensmerkmale des Islamismus.....	70
2.1.1 Antisemitismus.....	71
2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder	73
2.2 Islamistischer Terrorismus	76
2.2.1 Strategie und Wirkungsmechanismen des islamistischen Terrorismus	76
2.2.2 Ereignisse mit Relevanz für die Sicherheitslage Deutschlands	78
2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen	81
2.3.1 „Hizb ut-Tahir“	81
2.3.2 HAMAS/„Al-Aqsa e. V.“.....	81
2.3.3 „Kalifatsstaat“	82
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation	82
3 „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA-GEL).....	86
3.1 Bezüge zur verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK)	86
3.2 Inhaltliche Ausrichtung der Organisation.....	86
3.3 Anhängerschaft.....	87
3.4 Fortführung des Friedenskurses.....	88
3.5 Abspaltung namhafter Funktionäre	90
3.6 Aktivitäten	92
3.7 Finanzierung.....	94
4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerszahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2002 bis 2004	94

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2004, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (unter anderem Personalausweisgesetz, Passgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge Grenzen setzt z. B. das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für Eingriffe in diese Grundrechte.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Unter Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind politisch motivierte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen von Organisationen, unorganisierten Gruppen, aber auch von einzelnen Personen zu verstehen, die sich gegen Grundprinzipien der Verfassungsordnung richten. Hinzukommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber diesem Grundbestand von Werten und Rechten unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung. Derartige Bestrebungen werden als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ bezeichnet.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Mit den Informationen können die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. Die Erkenntnisse können die Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände).

Der Verfassungsschutz ist ausschließlich zur Erhebung und Verarbeitung von Informationen befugt; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen

durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrolle wird in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch von den Gerichten, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof und der Öffentlichkeit wahrgenommen.

2 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz, Geheim- und Sabotageschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr.

Die Personal-Sollstärke der Verfassungsschutzabteilung liegt bei 81 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2004 insgesamt 709.000 Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung, davon 50.000 Euro aus dem Sicherheitspaket der Landesregierung. Die Personalkosten werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Im Jahre 2004 vollzogen sich im deutschen rechtsextremistischen Lager die größten Veränderungen der letzten Jahre.

Führende Vertreter der außerparlamentarischen neo-nationalsozialistischen „Kameradschaften“ traten in die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ein. Sie wollten mit diesem Signal, beflügelt von für die NPD positiven Meinungsumfragen vor der Landtagswahl in Sachsen am 19. September, die rechtsextreme Szene näher an diese Partei heranführen. Die NPD hatte sich inzwischen offen zur „revolutionären Abwicklung“ der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung und zur Gedankenwelt des Nationalsozialismus bekannt und ihrerseits Gespräche mit Vertretern der Neo-Nationalsozialisten gesucht. Ziel sollte eine „Volksfront von rechts“ sein; die NPD als der „parteipolitische Arm“ der „Bewegung“ sollte für die kommenden Wahlkämpfe gestärkt werden.

Gleichzeitig gelang es der NPD, mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) zu Wahlabsprachen zu kommen und sich bei der Landtagswahl in Sachsen als einzige Partei des rechtsextremen Lagers zur Wahl zu stellen; sie erzielte 9,2 %. Die DVU trat bei der Landtagswahl in Brandenburg am 19. September allein an und erreichte 6,1 %.

Diese Entwicklung wirkte sich auch in Schleswig-Holstein aus. Die DVU verzichtete zugunsten der NPD auf die Beteiligung an der Landtagswahl am 20. Februar 2005. Auf die Wahlliste der NPD wurden auch Personen gesetzt, die gute Verbindungen in die neo-nationalsozialistische Szene des Landes haben. Die Auftaktveranstaltung zum Landtagswahlkampf Anfang Dezember führte NPD-Mitglieder, Vertreter anderer rechtsextremistischer Parteien und Mitglieder der neo-nationalsozialistischen Kameradschafts-Szene zusammen. Dennoch verfehlte die NPD bei weitem ihr Ziel, sich über einen Einzug in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eine gute Ausgangsbasis für die kommenden Landtagswahlen und vor allem für die Bundestagswahl 2006 zu schaffen. Sie kam lediglich auf 1,9 %.

In den Mitgliederübersichten der Verfassungsschutzbehörden über rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse fand die Entwicklung allerdings keinen Niederschlag. Die Gesamtzahl der Personen, die als Träger derartiger verfassungsfeindlicher Bestrebungen aktiv sind, hat sich allenfalls marginal verändert. Sie liegt in Schleswig-Holstein mit 1.430 Personen im Rahmen der Vorjahre. Auch auf Bundesebene gibt es mit nach wie vor rund 41.000 Rechtsextremisten keine nennenswerten Veränderungen. Die schon in den Vorjahren aufgezeigte Tendenz von Kräfteverschiebungen in Richtung der subkulturell geprägten Skinhead-Szene bei anhaltendem Mitgliederverlust der Parteien DVU und „Republikaner“ (REP) hat sich fortgesetzt. Ebenso veränderte sich in Schleswig-Holstein die niedrige Mitgliederzahl der NPD (rund 140, Bund: rund 5.300) nur geringfügig, eine politische Basisstruktur ist unverändert kaum vorhanden. DVU und REP entfalteten im Lande keine wahrnehmbaren politischen Aktivitäten.

Der Einfluss der neo-nationalsozialistischen Kameradschafts-Szene war im Berichtsjahr deutlich geschwächt, sie war zu größeren politischen Aktionen nicht in der Lage. Wichtige Szene-Mitglieder verbüßen Haftstrafen oder haben die Szene verlassen. Eintritte in die NPD hat es in größerem Umfang nicht gegeben. Die Zahl der politischen „Kameradschaften“ ging zurück. In der Folge verringerten sich auch die Möglichkeiten, die rechtsextreme Skinhead-Szene für neo-nationalsozialistische Politaktionen zu instrumentalisieren. Der „Club 88“ in Neumünster hat an Bedeutung als szeneeinterne Kontaktbörse weiter verloren. Dennoch verleiht ihm seine Symbolwirkung zu besonderen Anlässen immer noch eine gewisse Anziehungskraft.

Das „Landhaus Heilshoop“ bei Bad Oldesloe soll sich nach der Vorstellung seines jetzigen Inhabers zu einem weiteren Szenetreff entwickeln. Eine größere Bedeutung konnte er bisher zwar nicht erlangen, Beachtung in der Szene fand aber eine Reihe von Vortragsveranstaltungen mit namhaften Rechtsextremisten.

Die rechtsextremistisch orientierte Subkultur-Szene hat sich in geringem Umfang weiter gefestigt. Für ihre Entwicklung und ihren Zusammenhalt sind ihre Musik - trotz vereinzelt möglicher Indizierungen und Verbote, ihre szeneeigenen Veranstaltungen und der Austausch mit Gleichgesinnten über das Internet von maßgeblicher Bedeutung. Die Beteiligung an politischen Aktionen nahm deutlich ab. Andererseits nahm

die Zahl der im Lande aktiven Musikgruppen um eine auf jetzt fünf zu. Vier Konzertveranstaltungen mit bis zu 100 Teilnehmern fanden statt.

Die Zahl der Straf- und Gewalttaten ging 2004 (306, davon 38 Gewalttaten) gegenüber dem Vorjahr (323, davon 66 Gewalttaten) zurück.

Wie in den Vorjahren fanden im gesamten Bundesgebiet zahlreiche neo-nationalsozialistische Kundgebungen, wie der alljährlich im bayerischen Wunsiedel veranstaltete „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“, statt. Schleswig-holsteinische Aktivisten waren dabei nur vereinzelt vertreten.

2 *Schwerpunkte*

2.1 *Wahlen*

Bei der Europawahl am 13. Juni erzielten die rechtsextremistischen Parteien insgesamt 3,5 % der Stimmen. Die „Republikaner“ (REP) konnten ihr bundesweites Ergebnis mit 1,9 % im Vergleich zur letzten Europawahl (1,7 %) nur geringfügig verbessern, erzielten aber in Sachsen 3,4 %. Der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) gelang es, ihr Wahlergebnis mit 0,9 % (1999: 0,4 %) mehr als zu verdoppeln. Die Partei erreichte ihr bestes Wahlergebnis ebenfalls in Sachsen (3,3 %).

Anders allerdings die Ergebnisse in Schleswig-Holstein: Die REP erreichten 0,5 % gegenüber 0,6 % bei der vorangegangenen Europawahl. Die NPD steigerte sich zwar von 0,3 auf 0,5 %, lag damit aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Bei der Landtagswahl in Thüringen am 13. Juni konnten sowohl REP als auch NPD ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl deutlich verbessern. Die REP erreichten 2,0 % (1999: 0,8 %), die NPD erzielte 1,5 % (1999: 0,2 %).

Bei der saarländischen Landtagswahl am 5. September verfehlte die NPD zwar mit 4,0 % den Einzug in den Landtag, verdeutlichte aber den Aufstieg auch in Westdeutschland. Bei der vorherigen Landtagswahl hatte sie nur 0,2 % erreicht.

Bei den Landtagswahlen am 19. September erzielten die „Deutsche Volksunion“ (DVU) in Brandenburg 6,1 % und die NPD in Sachsen 9,2 %.

Auch bei den Kommunalwahlen des Jahres 2004 gab es rechtsextremistische Wahlerfolge: Im Saarland gelang es der NPD erstmals seit 1968, wieder in Kommunalparlamente einzuziehen. So erreichte sie im Stadtrat Völklingen 9,6 %, im Stadtrat Saarbrücken 4,2 % der Stimmen.

In Sachsen sind folgende Ergebnisse hervorzuheben: Das bei der Gemeinderatswahl in Dresden angetretene „Nationale Bündnis Dresden e. V.“ erzielte 4,0 %. Ein unter dem Namen der REP in Chemnitz aus Mitgliedern der NPD, der „Deutschen Sozialen Union“, der REP und der „Deutschen Partei“ kandidierendes Bündnis erhielt 10,3 % der Stimmen.

In Rheinland-Pfalz gab es in Mainz und Ludwigshafen bemerkenswerte Ergebnisse für die REP, die dort 7,8 bzw. 9,0 % erzielten. Teilerfolge gab es auch in Nordrhein-Westfalen. Hier vervierfachte die NPD mit zwölf Mandaten ihre Präsenz in Kommunalparlamenten.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse, vor allem der 4 % bei den Landtagswahlen im Saarland und der 9,2 % in Sachsen, machte sich die NPD Hoffnungen, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 die 5-%-Hürde zu überspringen, damit auch in einem westlichen Bundesland im Landtag vertreten zu sein und eine gute Ausgangsposition für die Bundestagswahl 2006 zu erreichen. Ihre Strategie hatte sie bereits frühzeitig aus Anlass der Ende der Neunzigerjahre stattfindenden Wahlen im so genannten Konzept 99 festgelegt:

- Es gehe um ein zurzeit erschließbares Wählerspektrum von bis zu 15 %. „Für uns ergeben sich sicher die größten möglichen Wählerwanderungen aus dem völlig unzufriedenen Bereich der Arbeiterschaft, egal welche Partei sie bisher wählten, danach von der DVU, gefolgt von REP.“

- „Politisches Ziel muss die Durchsetzung unseres programmatisch festgelegten politischen Willens sein.
Zwischenschritte müssen zunächst die Durchsetzung gegenüber den mitkonkurrierenden Parteien, die schrittweise Bindung des in Frage kommenden Wählerpotenzials an die NPD und noch ganz wesentliche Strukturverbesserungen sein.“
- Der Ausgangspunkt für weiterreichende strategische Überlegungen müsse Sachsen sein. Der dortige Landesverband biete die mit Abstand besten Voraussetzungen, um die „Ghettosituation der NPD zu durchbrechen“ und „eine Führungsposition der NPD gegenüber den im gleichen Wählerbereich konkurrierenden Parteien zu erlangen“.

Der Wahlerfolg in Sachsen, die Absprachen mit der DVU, der Übertritt des hamburgischen Landesvorstandes der REP zur NPD (Januar 2005) sowie die Bindung freier neo-nationalsozialistischer Kräfte an die NPD entsprachen den Erwartungen in diese strategische Planung. Entsprechend euphorisch hatte sich der Bundesvorstand vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 20. Februar 2005 geäußert. Vor diesem Hintergrund erscheint das von der NPD erzielte Ergebnis von 1,9 % geradezu desaströs für die Partei. Der frühere NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert stellte noch am Wahlabend in einer über das Internet verbreiteten Erklärung höhnisch fest, das Ergebnis bedeute eine Entzauberung der Siegertypen, die von jetzt an wieder kleine bis ganz kleine Brötchen backen müssten: „Denn wäre das Sachsen-Ergebnis ihr Verdienst gewesen, dann hätte das ‚Sieger-Konzept‘ auch für Schleswig-Holstein greifen müssen. Hat es aber nicht ...“

Ergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (in %):

	1967	1971	1975	1979	1988	1992	1996	2000	2005
NPD	5,8	1,3	0,5	0,2	1,2			1,0	1,9
DVU						6,3	4,3		

REP					0,6	1,2			
-----	--	--	--	--	-----	-----	--	--	--

Hervorzuheben sind die Ergebnisse von 1967, als der NPD der Einzug in den Landtag gelang, und von 1992, als die DVU in den Landtag einzog und die REP noch zusätzliche 1,2 % erzielten.

2.2 „Volksfront von rechts“

Der Aufmacher der November-Ausgabe der „Deutschen Stimme“, des Parteiorgans der NPD, war ein Artikel mit der Schlagzeile „Nationale Volksfront im Aufwind“. Das dazu auf der Titelseite abgebildete Foto, das unter anderem die Bundesvorsitzenden von NPD und DVU, Udo Voigt und Dr. Gerhard Frey, zeigte, illustrierte eine geradezu euphorische Stimmung: „Mit ‚Hoch die nationale Solidarität‘-Rufen feierte der Parteitag die nationale Einheitsfront“.

Auf dem Bundesparteitag der NPD am 30./31. Oktober in Leinefelde (Thüringen) war durch die Wahl des Neo-Nationalsozialisten Thorsten Heise (Thüringen) in den Parteivorstand der sich seit Jahren abzeichnende Schulterschluss zwischen der NPD und den sich als außerparlamentarische „Bewegung“ verstehenden „freien“ Neo-Nationalsozialisten auch formell bestätigt worden. Der Auftritt des DVU-Vorsitzenden Dr. Frey als Gastredner untermauerte den Eindruck eines weit reichenden Bündnisses der verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen.

Für Rechtsextremisten ist die Verwendung des Begriffes „Volksfront“ ungewöhnlich, da es sich dabei historisch um einen 1935 von den Kommunisten angestrebten Zusammenschluss von Sozialisten, links-bürgerlichen Parteien und Kommunisten zum Kampf gegen Rechtsextremisten handelte. Der Begriff der „Volksfront von rechts“ wurde im rechtsextremistischen Zusammenhang bereits Anfang der Neunzigerjahre in der neo-nationalsozialistischen Szene verwendet. In einem Interview, das die Hamburger Publikation „Bramfelder Sturm“ 1996 mit dem norddeutschen „Vordenker“ der Szene, Christian Worch (Hamburg), führte, verdeutlichte dieser den Hintergrund mit wenigen Sätzen:

„Das nationale Lager ist in einer Phase der Neu-Orientierung. (...) Ich habe schon vor vielen Jahren versucht, eine ‚Volksfront von rechts‘ zu propagieren nach dem Muster der Linken, wo ja von den bürgerlich linken Kreisen bis hin zu Steinewerfern alle einig zusammenarbeiten, wenn es um bestimmte zentrale Themen geht.“

Bereits kurz nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der NPD im Jahre 1996 suchte Udo Voigt eine Zusammenarbeit mit „Freien Nationalisten“ und gab der Partei eine neue, eher neo-nationalsozialistische Prägung. Nach einer Phase vorsichtiger Abgrenzung der NPD von den Neo-Nationalsozialisten während des NPD-Verbotsverfahrens zeichnete sich gegen Ende des Jahres 2003 eine erneute Annäherung ab. In der Mai-Ausgabe der NPD-Publikation „Deutsche Stimme“ durfte Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern), Protagonist der neo-nationalsozialistischen Szene und damals noch kein NPD-Mitglied, Worchs ideologische Anleihe an den Linksextremismus offen aufgreifen. Er rief zur Bündelung aller nationalen Kräfte auf und erklärte, der Kampf um Heimat und Volk sei in eine - für die gesamte nationale Opposition - interessante Phase getreten. Die sozialen Spannungen würden sich zusehends verschärfen, der Traum von Multikulti sei zum Alptraum von Stadtteil-Slums und Islamisten-Terror mutiert. In dieser Phase sei es notwendig, mit größtmöglicher Geschlossenheit aufzutreten, um in der kommenden Zeit die Funktion des Sammelbeckens der protestierenden Volksschichten übernehmen zu können. Aktuell erlebe man jedoch genau das Gegenteil. Die rechte Szene sei von Gruppenegoismen und persönlichen Vorbehalten gekennzeichnet. Alle seien zum Aufbau einer „Volksfront von rechts“ aufgerufen. Zusammen mit anderen bekannten „Freien Nationalisten“ habe er mit dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller „relevanten Oppositionskräfte“ gesprochen.

Wulff gehört seit Jahren zu den einflussreichsten Neo-Nationalsozialisten der Bundesrepublik. Seit Mitte der Neunzigerjahre hatte er als Reaktion auf die zu dieser Zeit zahlreich ausgesprochenen Organisationsverbote zusammen mit Christian Worch erfolgreich ein Konzept umgesetzt, das die Vernetzung der neo-nationalsozialistischen Szene in einem Geflecht weitgehend strukturloser, nicht verbotsgefährdeter „Kameradschaften“ vorsah. Er versah dieses Konzept mit der griffigen Bezeichnung „Freie Nationalisten“. Wulff war es auch, der Ende des Jahres

2003 durch einen gemeinsamen Aufruf mit der NPD zu einer Kundgebung anlässlich des 1. Mai zum Wegbereiter neuer Beziehungen zwischen „Freien Nationalisten“ und NPD geworden war. Im September des Jahres 2004 gab er dann gemeinsam mit den Neo-Nationalsozialisten Thorsten Heise und Ralph Tegethoff (Nordrhein-Westfalen) seinen Eintritt in die NPD bekannt. In der Begründung hierfür hieß es, seitens der NPD sei der Wille zu spüren gewesen, „sich als Partei deutlich in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen. Auf dieser Grundlage konnten wir einen Neubeginn in der Zusammenarbeit mit der Partei glaubwürdig auch gegenüber vielen ‚Freien Nationalisten‘ vertreten.“

Der Einfluss dieses medienwirksamen Schrittes auf die neo-nationalsozialistische Szene war bemerkenswert. Dabei waren weniger vereinzelte Parteieintritte von Bedeutung als vielmehr die „plötzliche“ Bereitschaft, auf verschiedenen Feldern mit der NPD zusammenzuarbeiten.

Selbst Christian Worch, Wulffs Konkurrent um den führenden Einfluss in der norddeutschen neo-nationalsozialistischen Szene, schwenkte im Dezember von seiner bis dahin konsequent gegen die NPD gerichteten Linie ab und erklärte in einem „Offenen Brief“, der über das Internet verbreitet wurde, seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der NPD. Die Gründe hierfür dürften allerdings eher pragmatisch, am eigenen Erfolg orientiert, gewesen sein. Angesichts des NPD-Erfolges bei der sächsischen Landtagswahl mag er befürchtet haben, noch mehr von seiner bereits bröckelnden Anhängerschaft zu verlieren. So werden seine nach wie vor bestehenden Bedenken gegen die NPD deutlich, wenn er gleichzeitig erklärt, die Zusammenarbeit werde eher punktuelle Züge tragen. Zusammenarbeit sei für ihn eine Frage wechselseitiger Leistung und Gegenleistung. Worch beschreibt an dieser Stelle die größte Unwägbarkeit der „Volksfront“-Strategie: die Möglichkeit der realistischen Wahrung eigener Identität verschiedener Partner unter dem gemeinsamen Dach einer neo-nationalsozialistisch geprägten Parteistruktur.

Auch Wulff, Heise und Tegethoff hatten in ihrer Erklärung zum Eintritt in die NPD die Wahrung der Eigenständigkeit „Freier Nationalisten“ ausdrücklich betont:

„Wir sehen uns aber nach wie vor in einer herausragenden Verantwortung gegenüber der GESAMTBEWEGUNG. Wir haben den Aufbau unabhängiger, freier Strukturen gemeinsam mit den in den Gesprächen einbezogenen weiteren bekannten freien Kameraden erarbeitet und getragen und wir sind der Meinung, daß dieses Konzept Freie Nationalisten eine für die nächsten Jahre dauerhaft arbeitsfähige Basis für viele Kameradinnen und Kameraden im Widerstand sein wird.“
(Schreibweise wie im Original)

In einem im November von Thomas Wulff herausgegebenen „Offenen Brief“ („Wo bitte geht's zur Volksfront?!“) geht Wulff unter der Überschrift „Die NPD ist nicht die Volksfront!“ sogar noch einen Schritt weiter und erläutert:

„Die Bündelung der Kräfte der parlamentarischen Parteienarbeit werden vorraussichtlich nur zeitlich begrenzt sein und für die eigentliche Gesamtbewegung den Zweck haben, durch Wahlerfolge eine größere Breitenwirkung der außerparlamentarischen Kräfte zu ermöglichen.“
(Schreibweise wie im Original)

Die NPD vermeidet es dagegen, den „Volksfront“-Begriff näher zu definieren. Dennoch ist es offensichtlich, dass es ihr um Vereinnahmung der konkurrierenden rechtsextremistischen Parteien und der „Freien Nationalisten“ geht. In der Berichterstattung zum Bundesparteitag heißt es hierzu in der „Deutschen Stimme“ (Nr. 11, S. 12), die Erfahrungen im Saarland und in Sachsen hätten gezeigt, dass die NPD bald größeren Zulauf erhalten werde und zur Integration dieser Menschen ihre Strukturen erweitern müsse.

Diese Vereinnahmungsstrategie gegenüber den „Freien Nationalisten“ kommt dabei weniger in offiziellen Verlautbarungen als vielmehr in wie selbstverständlich benutzten nebensächlich erscheinenden Floskeln zum Ausdruck. So ist in einem von einem schleswig-holsteinischen NPD-Funktionär unterzeichneten Artikel zum Thema „Volksfront von rechts nimmt Gestalt an“ in der „Schleswig-Holstein Stimme“ (Nr. 8/2004), der Publikation des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, bei der Beschreibung des Parteivorstandes zu Thorsten Heise angemerkt: „Bisher Freier Nationalist“.

Kritik an der „Volksfront“-Idee gab es insbesondere von einem ehemals führenden Theoretiker der Partei. Unter dem Titel „Die NPD und ihr Staat“ rechnete Jürgen Schwab (Nürnberg) im November mit der Parteiführung ab. Insbesondere kritisiert er das intellektuelle Unvermögen der Partei und macht hierfür insbesondere Udo Voigt verantwortlich. Die „Volksfront von rechts“ bezeichnet er als „Bürgerkriegsposition“:

„Diese aufgeblasene ANTI-Antifa, die von Gerhard Frey bis Thomas Wulff reicht, zeigte schon während des zurückliegenden NPD-Parteitags deutliche Risse. Zwischen DVU, ‚Ehrenbund Rudel‘ und NPD-‚Freien‘ besteht zwar ewiggestrige Wesensverwandtschaft, aber die Mentalitätsunterschiede treten doch überdeutlich zutage. Der Krawattenträger Frey und der Mann mit der Schiebermütze Wulff passen irgendwie nicht recht gemeinsam ins Bild.“

Auch Schwab weist damit auf die wohl größte Schwachstelle im „Volksfront“-Bündnis hin. Um der Erzielung kurzfristiger politischer (Wahl-) Erfolge willen müssen durchaus vorhandene ideologische Differenzen zurückgestellt werden, und dies möglicherweise nicht nur vorübergehend. Dr. Frey wird sehr wohl wissen, dass seine DVU nur in einer parteienpluralistischen Ordnung nicht gleichgeschaltet werden wird. Will Voigt demgegenüber erfolgreich sein, muss er mit der NPD eine Klammer zwischen rechtsextremistischen Populisten einerseits und Neo-Nationalsozialisten andererseits bilden. Die Strategie einer neo-nationalsozialistisch geprägten NPD müsste aber auf eine Gleichschaltung hinauslaufen. Schwab stellt dazu fest, Udo Voigt habe auf dem Bundesparteitag die Frage, ob ein Neo-Nationalsozialismus zukunftsfähig sein könnte, nicht beantwortet:

„Das wäre aus seiner Sicht auch ungeschickt, da er den bundesrepublikanischen Neo-Nationalsozialismus seit dem letzten Parteitag nun stärker als je zuvor in den Parteivorstand eingebunden hat. (...) Für die ‚Scharnierfunktion‘ zu den überwiegend neo-nationalsozialistisch geprägten ‚Freien Kameradschaften‘ wird nun das neue Vorstandsmitglied Thorsten Heise sorgen. (...) Und Heise spielt seine Rolle wirklich gut: Auf die Frage von ARD-Fernsehjournalisten nach seinem politischen Vorbild überhitlert er noch Udo Voigt, der Wochen zuvor in einem Gespräch mit der konservativen Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ Adolf Hitler als ‚großen deutschen Staatsmann‘ bezeichnet hatte. (Heise über Hitler: ‚Größter Mann des vergangenen Jahrtausends‘.)“

Schwab resümiert, auch wenn die „Volksfront von rechts“ dazu diene, die NPD vom Volk zu isolieren (er vermutet sie auf dem Weg zur Parteidiktatur), so besitze die neue und vorübergehend erfolgreiche nationale Partei für einen gewissen Personenkreis durchaus Attraktivität. Manche begabte Paladine hätten plötzlich ihre Zuneigung zur NPD entdeckt, die sie vor noch nicht allzu langer Zeit als durchweg popelig und dumm empfunden hätten. Die Schalmeiengesänge und Lobreden an die

Adresse der NPD seien nun so dick aufgetragen, dass es schon peinlich wirke. Doch Erfolg mache bekanntlich erotisch, und der jüngste Sachsen-Wahlerfolg verspreche Posten und Geld.

Die Dauerhaftigkeit des Bündnisses dürfte in erster Linie von künftigen Wahlerfolgen der NPD abhängen. Wenn diese tatsächlich eintreten, ist ein Niedergang für die DVU angesichts deren Prägung durch die Person des betagten Dr. Frey nicht unwahrscheinlich. Die Protagonisten der neo-nationalsozialistischen Szene hätten sich rechtzeitig auf die Seite der dann führenden rechtsextremistischen Kraft geschlagen. Sollte sich der Erfolg der NPD aber in Grenzen halten, dürften die überwiegend subkulturell geprägten Kräfte, die mit Abstand das höchste Personenpotenzial im Bereich nicht parteigebundener Rechtsextremisten stellen, der „Volksfront“ und ihren neo-nationalsozialistischen Protagonisten schnell die Gefolgschaft verweigern. Eine Zusammenarbeit dieses Kreises mit der DVU erscheint ausgeschlossen. Die massive Störung überwiegend schleswig-holsteinischer Neo-Nationalsozialisten einer DVU-Saalveranstaltung am 1. April 2000 in Hamburg, an der auch Dr. Frey teilnahm, dürfte allen Beteiligten noch in guter Erinnerung sein.

Nicht einmal im schon angelaufenen schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf konnten diese Kräfte auf ihrer Internet-Seite auf Angriffe auf den immerhin auf Platz 2 der NPD-Landesliste kandidierenden Ingo Stawitz (früher unter anderem DVU) verzichten.

Bereits im Frühjahr hatte das „Aktionsbüro Norddeutschland“ den Wiedereintritt von Stawitz in die NPD mit der Bemerkung kommentiert: „Warum darf Politschädling Stawitz wieder in die NPD?“.

Zweifel am Bündnis mit der NPD lässt auch die schleswig-holsteinische neo-nationalsozialistische Schrift „Durchblick“ in ihrer November-Ausgabe erkennen, in der sie in einem Artikel Gründe anführt, die für die Wahl der NPD sprechen. Dabei lässt sie es aber nicht bewenden. Die Feststellung, „Und das Geld nationaler Parteien wird zumindest teilweise auch für gute Aktionen verwendet“, zeigt, dass die Skepsis der Neo-Nationalsozialisten gegenüber der NPD weiterhin besteht. Sollte

diese Skepsis Raum gewinnen, dürfte die „Volksfront“-Strategie schon bald an Zugkraft verlieren.

2.3 Antisemitismus als Schwerpunkt rechtsextremistischer Agitation

Antisemitismus ist gemeinsam mit Fremdenfeindlichkeit eines der Kernelemente des gegenwärtigen Rechtsextremismus. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist der Begriff ein Sammelbegriff für gegen Juden gerichtete Vorbehalte, Äußerungen und Taten aus unterschiedlichsten Motiven. Antisemitismus steht aber auch für Judenhass bzw. Judenfeindschaft. Diese besondere Form des Rassismus begann schon lange vor dem Nationalsozialismus. Verfolgungen von Juden gab es in großem Ausmaß bereits im Mittelalter. Der Höhepunkt antisemitisch bedingter Verfolgungen in ihren weitestreichenden und gewalttätigsten Ausprägungen wurde allerdings in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 unter der Herrschaft der Nationalsozialisten erreicht. Antisemitismus war Keimzelle des Nationalsozialismus und gab ihm seine Unheil bringende Prägung.

Das Wissen um den nationalsozialistischen Völkermord und die daraus folgende, von der gesamten Gesellschaft getragene Ächtung antisemitischer Äußerungen hat in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Rechtsextremismus dazu geführt, dass Antisemitismus aus taktischen Gründen, von Ausnahmen wie der subtilen antisemitischen Daueragitation in der „National-Zeitung“ abgesehen, lange nur eine Hintergrundrolle spielte. Die antiegalitäre, völkische Ausrichtung des Rechtsextremismus artikulierte sich etwa bis zur Mitte der Neunzigerjahre zumeist in Form von Ausländerfeindlichkeit. Vorrangig ging es um die Abschaffung des Asylrechts, da eine erhöhte Akzeptanz dieses Themas auch in der Mitte der Gesellschaft vermutet wurde. Etwa Mitte der Neunzigerjahre zeichnete sich das Abrücken vieler Rechtsextremisten von ihrer bisherigen taktischen Zurückhaltung ab. Gleichzeitig nahm die Akzeptanz antisemitischer Vorurteile in der Gesellschaft zu. Der Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz stellte vor vier Jahren fest:

„Die Ächtung öffentlichen judenfeindlichen Redens und Schreibens dauert an, aber die insgeheime Verständigung durch und über Ressentiments gegen die jüdische Minderheit hat zugenommen. Klandestiner

(= heimlicher) Antisemitismus ist nicht messbar, aber spürbar für diejenigen, gegen die er sich richtet. Und im privaten Einvernehmen über rassistische Stereotypen liegt die eigentliche Gefahr.“

Begleitet wurde diese Entwicklung durch immer offenere rechtsextremistische Versuche, den gesamtgesellschaftlichen Konsens der Ächtung von Antisemitismus zu durchbrechen. Angefangen mit der Konstruktion einer jüdischen Medienherrschaft, die ein offenes Wort über Juden und damit die Ausübung von Meinungsfreiheit verhindere, bis hin zu Verschwörungstheorien über die „mächtigen Juden“ in Israel und den USA gipfeln diese Bemühungen in der immer wiederkehrenden Behauptung, Antisemitismus im Rechtsextremismus sei eine Lüge. So wird die „National-Zeitung“ nicht müde, reißerisch die angebliche „Antisemitismus-Lüge“ anzuprangern, um andererseits kontinuierlich Themen aufzugreifen, die sich gegen Juden richten. So wird - nur ein Beispiel - in der Ausgabe 15/2004 unter der Schlagzeile „Wird Deutschland zweites Israel? Masseneinwanderung von Juden“ festgestellt: „Kurz gesagt, es kommen immer mehr Juden, kaskadenartig“.

Schon 1994 wurde nach dem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge auch in Schleswig-Holstein deutlich, dass der gewalttätige, offene Antisemitismus zurückgekehrt war.

Die Zahl antisemitischer Straftaten lag in den letzten zehn Jahren in Schleswig-Holstein meist unter 50 jährlich. Sie erschien wenig spektakulär. Überwiegend handelte es sich um Propagandadelikte wie Volksverhetzung oder Beleidigung in Schriftform durch Briefversendung. Die Zahl der Schändung von Gedenkstätten und Friedhöfen schwankte dabei pro Jahr zwischen eins und fünf.

Im Jahr 2003 erfolgte dann eine besonders schwere Friedhofsschändung in Neustadt (Kreis Ostholstein). In der im Internet verbreiteten Tatbekennung hieß es:

„Combat 18 Deutschland übernimmt für diese Tat die volle Verantwortung. C 18 wehrt sich gegen die jüdische Herrschaftsclique, ihre Handlanger, Institutionen und Pseudodenkmäler. Es gab keinen Holocaust am jüdischen Volk. Nieder mit der 6-Millionenlüge und ihren wildwuchernden Ausgeburten. Kampf der Lüge bedeutet Kampf dem Juden,

immer & überall!“

(Im Original ist ein offensichtlicher Schreibfehler, hier heißt es „Psydo-denkmäler“.)

Dabei ist nicht nur die Herstellung einer Verbindung zu einer militanten Organisation von Bedeutung. In der Tatbekennung waren Fotos vom Bürgermeister der Stadt Neustadt, von einem Lübecker Staatsanwalt sowie vom Landrat des Kreises Ostholstein abgebildet. Die Fotos waren eingerahmt mit den Worten: „Wer dem Juden dient, ist Feind. Ihr seid die Nächsten!“

Die Einbeziehung von Verwaltung und Justiz stellt eine mittelbare Form von Antisemitismus dar. Aus Sicht von Rechtsextremisten ist sie aber konsequent, denn bei den Personen, die bedroht werden, handelt es sich nach ihrer Terminologie um ZOGs. Dieser Begriff ist von US-amerikanischen Rechtsextremisten geprägt worden und bedeutet „Zionist occupied government“, also jüdisch besetzte Regierung. Aus rechtsextremistischer Sicht werden damit Angriffe auf den verächtlich als „System“ bezeichneten Rechtsstaat und seine Repräsentanten legitimiert. Deutschland ist nach Auffassung eines Teils deutscher Rechtsextremisten nach wie vor durch ein durch das „internationale Judentum“ beherrschtes Amerika besetzt.

Diese offene Form von Antisemitismus ist kein Einzelfall. Ebenfalls im Raum Ostholstein erschien eine CD der Musikgruppe „Rassenhass“, die auf ihrer Hülle ein Bild der Neuen Synagoge in Berlin-Mitte in der Zieloptik einer modernen Waffe zeigte. Lübecker Neo-Nationalsozialisten thematisierten im Dezember 2003 in einem Flugblatt ungeniert die „Kriegsschuldlüge“ und die „Judenfrage“.

Auch die rechtsextremistischen Verlage haben ihre Zurückhaltung aufgegeben. Die wohl bedeutendste, auch in Schleswig-Holstein vertriebene Monatsschrift im deutschen Rechtsextremismus, „Nation und Europa“, untertitelt in ihrer ersten Ausgabe des Jahres 2004 ein Foto, auf dem unter anderem der Bundespräsident, der bayerische Ministerpräsident und der Vorsitzende des Zentralrates der Juden abgebildet sind, mit der Schlagzeile „Allmählich reicht es“.

Mittlerweile weist auch die Agitation der NPD immer deutlichere, unverhohlenen antisemitische Bezüge auf und erreichte 2004 eine neue Qualität. Am 26. Juni veranstalteten NPD und nicht parteigebundene Neo-Nationalsozialisten in Bochum eine Demonstration gegen den Bau einer Synagoge. Einer der Sprechchöre der Demonstranten lautete: „Wir sind dabei - Bochum Synagogenfrei“. Nicht nur dieser Vorgang widerlegt die Einlassungen des Parteivorsitzenden Udo Voigt in seiner Rede auf dem Bundesparteitag der NPD am 30./31. Oktober. Zur Frage „Sind Nationaldemokraten antisemitisch?“ erklärte er, diese Behauptung sei ein immer wiederkehrender Teil der Diffamierungskampagne gegen Deutsche, die noch Deutsche sein wollen. „Jede Kritik eines Juden, der Politik einer jüdischen Organisation oder gar des jüdischen Staates“ werde „als ‚antisemitisch‘ diffamiert“.

Eine Äußerung in einem Zeitungsinterview zum Nationalsozialismus kurz vor dem Parteitag („Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann.“) zeigt demgegenüber auf, dass die Verherrlichung des Nationalsozialismus und das Schüren antisemitischer Vorurteile einen festen Bestandteil in der NPD-Agitation bilden. Beispielhaft ist hierfür auch der folgende Abschnitt der Rede Voigts auf dem Bundesparteitag:

„Eine kritische Einstellung gegenüber organisierten ‚Berufsjuden‘, welche sich immer wieder in einer ‚auserwählten‘ Sonderrolle sehen, ist normal und legitim. Bürger aber, die sie wegen dieser selbsternannten ‚auserwählten‘ Sonderrolle kritisieren, sie als Gleiche unter Gleichen betrachten und behandeln, werden als Antisemiten diffamiert.“

Entsprechend ist auch eine Antwort Voigts gegenüber einem politischen Fernsehmagazin, angesprochen auf eine Äußerung zum Holocaust-Mahnmal in Berlin, zu bewerten:

„Ich sehe, Sie sind gut informiert über meine Reden. Ja, ich denke, dass es in Deutschland eine Zeit gibt, wo mit endgültigem Schuldbewusstsein sechzig Jahre nach Ende des Krieges endlich aufgeräumt wird. Und wenn Sie sich die Betonsockel und die Quader dort ansehen, die liegen, dann sind die natürlich sehr gut geeignet. Es ist gerüttelter Beton. Er ist gut imprägniert, er hält Jahrhunderte. Und die wird man sicherlich nicht ewig dort rumliegen lassen können. Und ich schlage deshalb vor, wenn es eine neue Regierung in Deutschland gibt, dass

man aus diesen Fundamenten sicherlich eine neue Reichskanzlei bauen könnte.“

Neo-Nationalsozialisten und Protagonisten der NPD wännen sich nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens und den Wahlerfolgen des Jahres 2004 offenkundig in einem gesellschaftlichen Umfeld, das die Äußerung offenen Antisemitismus toleriert. Sie nutzen Antisemitismus gezielt zur Provokation und medialen Selbstdarstellung. Eine Abkehr von dieser Strategie oder gar Einsicht zeichnet sich auch für das nachfolgende Berichtsjahr nicht ab. Anfang des Jahres 2005 bezeichnete der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel im Sächsischen Landtag die Angriffe der Alliierten auf Dresden als „Bomben-Holocaust“.

2.4 Rechtsextremistische Musik-Szene

Grundlage der rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur und gleichzeitig Medium neo-nationalsozialistischer Ideologievermittlung in die Subkultur hinein ist die Musik. Musikalische Aggression, instrumental und verbal, verbindet die gefestigte Szene und verleitet unpolitische, gewaltgeneigte Mitglieder diffuser Jugend-Cliquen zum Einstieg. Die seit Jahren wachsende Zahl schleswig-holsteinischer rechtsextremistischer Skinheads belegt, dass das Phänomen der Neunzigerjahre, die erfolgreiche Rekrutierung anfänglich unpolitischer Jugendlicher, anhält. Aussagen von Szene-Angehörigen belegen, dass die Musik das verbindende Element darstellt. In der im März erschienenen Debüt-Ausgabe des rechtsextremistischen Lübecker Skinhead-Fanzines (Fan-Magazin) „Nordstolz“ lässt sich dazu ein Mitglied der rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppe „Einherjer“ aus Lübeck wie folgt ein:

„Ich bzw. wir sind der Meinung das Musik immer noch das Beste Medium ist um Leute zu erreichen bzw. sie auf etwas aufmerksam zu machen. Und dass hier so einiges verkehrt läuft, darüber braucht man sich wohl nicht zu unterhalten. Und das ist halt unser Ziel, die Leute aufzuwecken und sie dazu zu bewegen, aufzustehen und etwas zu tun gegen diese Misere.“

(Schreibweise wie im Original, „Nordstolz“, März 2004, S. 14)

Auf der gleichnamigen Internet-Seite des Fanzines untermauert ein Verantwortlicher der Print-Ausgabe diese These:

„Ich kenne einige Kameraden, welche sogar Konzerte organisieren und vielleicht ihren Ursprung in der Skinheadszone haben, aber äußerlich nicht mehr als Skinhead zu erkennen sind!

Wenn auch nicht Skinheads auf Konzerte gehen und die Musik kaufen, dann haben die Bands doch einiges erreicht! Musik hat auf junge Menschen immer eine gewisse Anziehungskraft und wenn dieser Personenkreis durch die Musik dann national denkt und fühlt, so ist das doch positiv!“

(Schreibweise wie im Original, Einstellung vom 14. September)

Noch deutlicher äußert sich der Herausgeber des Fanzines „Unsere Welt“ (Bad Salzuflen, Nordrhein-Westfalen):

„Meiner Auffassung nach dient unsere Musik doch nur einem Zweck. Das Gegensteuern gegen das multikulti verdorbene Establishment mit der typischen Waffe der Jugend, Musik! (...)

Unsere Musik ist ein Teil Subkultur und kein Big Business. (...) und bleiben wir politische Soldaten, mit dem Hang zu guter Musik.“

(Schreibweise wie im Original, Ausgabe Nr. 8, S. 4)

Bundesweit fanden 2004 137 rechtsextremistische Skinhead-Konzerte statt (2003: 119). In Schleswig-Holstein wurden davon vier Konzerte durchgeführt (2003: zwei). Drei Konzerte fanden in Friedrichstadt (Kreis Nordfriesland) in einer ehemaligen Diskothek statt; die Teilnehmerzahl der am 21. Mai, 12. Juni und 9. Oktober durchgeführten Veranstaltungen lag bei rund 70, 100 und 50 Szene-Angehörigen. Das vierte Konzert in Schleswig-Holstein besuchten rund 60 Teilnehmer am 11. September in Heilshoop (Kreis Stormarn). Größere Konzerte gab es im Berichtsjahr nicht. Möglichen Veranstaltern fällt es immer schwerer, passende Säle zu finden.

Rechtsextremistische Liedermacher traten bundesweit bei 42 Liederabenden auf (2003: 33). In Schleswig-Holstein wurden im Berichtsjahr zwölf Veranstaltungen bekannt (2003: keine), davon neun in einer Gaststätte in Heilshoop mit Teilnehmerzahlen zwischen 10 und 50 Rechtsextremisten. Drei Darbietungen fanden im „Club 88“ in Neumünster statt. Dort fanden sich zwischen 30 und 70 Zuhörer ein.

Die in Schleswig-Holstein durchgeführten Liederabende waren ohne besondere Öffentlichkeitswirkung. Rechtsextremistische Straftaten im Zusammenhang mit den Veranstaltungen sind nicht bekannt geworden. Zwar sind die Liederabende in Neumünster und Heilshoop „Kleinstveranstaltungen“, jedoch stärkt ihre Zahl den Zusammenhalt der Szene, auch wenn die Veranstalter selbst eher aus wirtschaftlichen Gründen oder persönlichem Geltungsdrang handeln.

Die Zahl der Auftritte rechtsextremistischer Skinhead-Musikgruppen und Liedermacher im Rahmen anderer Veranstaltungen lag bundesweit bei 38 (2003: 24). In Schleswig-Holstein sind davon zwei Veranstaltungen bekannt geworden (2003: keine). Am 15. August trat im Rahmen einer NPD-Saalveranstaltung in Högel (Kreis Nordfriesland) ein rechtsextremistisches Liedermacher-Duo vor rund 40 Teilnehmern auf, den achten Geburtstag des „Club 88“ in Neumünster besuchten rund 400 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, die bei der Gelegenheit auch den Auftritt eines schwedischen Liedermacher-Duos verfolgen konnten.

		2000	2001	2002	2003	2004
Rechtsextremistische Skinhead-Konzerte	Bund	82	80	112	119	137
	Land	2	3	1	2	4
Rechtsextremistische Liederabende	Bund	44	47	33	33	42
	Land	1	1	9	0	12
Skinhead-Bands und Liedermacher bei sonstigen Veranstaltungen	Bund	*	*	15	24	38
	Land	*	*	0	0	2

* Keine gesonderte Auswertung, Zahlen bei den Liederabenden enthalten

Zu den bundesweit 98 aktiven rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppen (2003: 95) zählen fünf (2003: vier) aus Schleswig-Holstein. Die aus drei Musikern bestehende Band „Tatenruhm“ (ehemals „Kampfhandlung“) stammt aus dem Großraum Heide, betreibt eine eigene Internet-Seite und hat 2004 eine Split-CD mit einer Bremer Musikgruppe herausgegeben. „Deathlist 5“ ist in Neumünster beheimatet, verfügt ebenfalls über eine eigene Internet-Präsenz und hat Ende 2004 eine Debüt-CD

herausgegeben. Mit insgesamt sechs Auftritten im Jahr 2004 versuchte sich die aus dem Raum Lübeck/Ostholstein stammende Gruppe „Einherjer“ im norddeutschen Raum zu etablieren. Die rechtsextremistische Musikgruppe „Words of Anger“ ist im Jahr 2004 aus der Band „Rassenhass“ hervorgegangen. Die aus dem Raum Ostholstein stammende Band ist seit ihrem Bestehen mehrfach im In- und Ausland aufgetreten.

Erstmalig seit 1999 ist im Berichtsjahr die in der Szene sehr populäre und ursprünglich aus dem Raum Elmshorn stammende Band „Kraftschlag“ wieder aufgetreten. Lediglich der Band-Leader stammt aus Schleswig-Holstein.

Bis auf „Kraftschlag“ sind alle schleswig-holsteinischen rechtsextremistischen Musikgruppen vornehmlich im norddeutschen Raum bekannt und spielen im Kreis der aktiven deutschen Bands lediglich eine untergeordnete Rolle.

Die Zahl der bundesweit agierenden rechtsextremistischen Skinhead-Musikvertriebe, die ihr Angebot über das Internet oder über den Versand von Angebotslisten offerieren, ist mit rund 60 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. In Schleswig-Holstein waren 2004 drei Versandhandel (Vertrieb/Laden) aktiv (2003: drei); die in Kiel, Lägerdorf (Kreis Steinburg) sowie Stapelfeld (Kreis Stormarn) ansässigen Vertriebe haben in der Musik-Szene lediglich eine marginale Bedeutung.

Entgegen den Vorjahren ist 2004 erstmals wieder eine Zunahme rechtsextremistischer Skinhead-Fanzines zu verzeichnen. Bundesweit stieg die Zahl auf mehr als 20 verschiedene Publikationen (2003: 17) an. Das einzige schleswig-holsteinische Fanzine ist im März neu erschienen. Die aus Lübeck stammende Publikation „Nordstolz“ erscheint vierteljährlich in einer Auflagenhöhe von 400 Stück und hat im Wesentlichen Neuigkeiten aus der Musik-Szene (Konzertberichte, Band-Interviews etc.) zum Inhalt. Aufgrund der regionalen Ausrichtung ist „Nordstolz“ vorwiegend ein Fanzine für norddeutsche Szene-Angehörige.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

Die in Schleswig-Holstein aktiven rechtsextremistischen Organisationen und Personenzusammenschlüsse können weitestgehend in zwei Strömungen unterteilt wer-

den: eine „aktionistische“, die inzwischen den größten Anteil stellt, und eine - man kann sie als „parlamentsorientierte“ bezeichnen -, die seit Jahren eine rückläufige Entwicklung erlebt. „Parlamentsorientiert“ sind die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die erklärtermaßen den Parlamentarismus überwinden will, sucht den Weg zur Macht sowohl über den Aktionismus der Straße als auch über die Beteiligung an Wahlen. Die aktionistischen Gruppierungen können grundsätzlich als neo-nationalsozialistisch charakterisiert werden, da sie teils offen, teils verdeckt Bezüge zum historischen Nationalsozialismus erkennen lassen. Diese als zum großen Teil „latent gewaltbereit“ eingeschätzte Strömung setzt sich im Wesentlichen aus den „Freien Nationalisten“ und subkulturell orientierten Gruppen (Skinheads) zusammen. Insgesamt sind ihr mehr als 50 % der 1.430 in Schleswig-Holstein bekannten Rechtsextremisten zuzurechnen.

Wichtigste bundesweite Aktivitäten der aktionistischen Kräfte waren im Berichtsjahr die gemeinsame Demonstration der NPD und der „Freien Kräfte“ am 1. Mai in Berlin zum Thema „Arbeitsplätze für Deutsche sichern“ mit rund 3.000 Teilnehmern, die zentrale Gedenkveranstaltung zum 17. Todestag von Rudolf Heß am 21. August in Wunsiedel (Bayern) mit rund 3.800 Personen sowie der Trauermarsch am 13. November in Halbe (Brandenburg) zum so genannten Heldengedenken, an dem sich etwa 1.600 Rechtsextremisten beteiligten.

3.1 Aktionistische (neo-nationalsozialistisch geprägte) Personenzusammenschlüsse

Das „Aktionsbüro Norddeutschland“ ist das zumindest für Schleswig-Holstein bedeutendste Lenkungsinstrument der in den Neunzigerjahren auf Initiative der führenden Neo-Nationalsozialisten Christian Worch (Hamburg) und Thomas Wulff (Mecklenburg-Vorpommern) entstandenen „Freien Nationalisten“. Es koordiniert federführend die gemeinsamen Aktivitäten in Norddeutschland. Betreiber ist ein Neo-Nationalsozialist aus Norderstedt.

Zur kommunikativen Vernetzung bedient sich die hiesige Szene der Internet-Seite „Nationaler Widerstand Nord“. Auf dieser finden sich diverse Links, unter anderem

zum „Freien Infotelefon Norddeutschland“, zum „Holsteiner Widerstand“, zum „Aktionsbüro Norddeutschland“ und den verschiedenen Kampagnen des „Nationalen Widerstands“.

Auf der Internet-Seite des „Holsteiner Widerstand“ wurde im Mai ein Zeitungsprojekt von einer „Redaktionsgemeinschaft freier Nationalisten in Schleswig-Holstein“ mit dem Titel „Durchblick - Sozialrevolutionäre Zeitschrift für Norddeutschland“ eingestellt. Die Publikation versteht sich selbst als „überparteiliches und unabhängiges Nachrichtenmagazin“, das „weder rechts noch links, sondern konsequent sozialrevolutionär und volksbewusst“ sei. Die erste 16-seitige Ausgabe enthält einschlägige Kommentare unter anderem zur Lage im Irak, zum Nahen Osten, zum Holocaust-Mahnmal in Berlin sowie Ausführungen zum Thema „Sozialismus“ aus rechtsextremistischer Sicht und zur Arbeitsmarktlage in Deutschland. Im Jahr 2004 sind zwei weitere Ausgaben erschienen.

Die bundesweit zu verzeichnenden Kampagnen der nicht parteigebundenen Neo-Nationalsozialisten („Freie Nationalisten“) bildeten die aktuellen Agitationsthemen ab. Im Vordergrund standen die Sozialreformen. Hier versuchten sie, die Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme für die eigene Propaganda und als Rekrutierungsmöglichkeit für sich auszunutzen.

Aber auch das Thema „Zuwanderung“ („Ausländerstopp/Ausländerrückführung“) und antisemitische Propaganda („Keine Steuergelder für den Synagogenbau“ - gerichtet gegen den Bau einer Synagoge in Bochum) spielten eine Rolle. Die Resonanz auf die im Rahmen dieser Kampagnen durchgeführten Demonstrationen und Aktionen war unterschiedlich, in Schleswig-Holstein eher gering. Vereinzelt wurden Flugblätter verteilt, Aufkleber angebracht und Propagandatexte ins Internet eingestellt. Zu größeren eigenständigen Aktionen war die neo-nationalsozialistische Szene in Schleswig-Holstein nicht fähig.

3.1.1 Regionale Schwerpunkte

Das aktionistische Personenpotenzial stieg in Schleswig-Holstein im Berichtsjahr leicht an. Die Steigerung geht auf Zuwächse in der Subkultur-Szene zurück. Die Anzahl der politisch zielgerichteten „Kameradschaften“ ist dagegen rückläufig. Regionale Schwerpunkte der Subkultur liegen weitgehend unverändert in Kiel, Neumünster, Lübeck sowie in den Großräumen Rendsburg, Heide und Neustadt. Nachfolgend sind Entwicklungen in einigen Regionen beispielhaft dargestellt:

Im Raum **Rendsburg** waren im Berichtsjahr keine Kameradschafts-Aktivitäten zu verzeichnen. Der Trend des Vorjahres setzte sich somit fort. Das Gleiche gilt für **Kiel**. Zielgerichtete politische Aktivitäten von „Kameradschaften“ konnten auch hier nicht festgestellt werden. Sowohl in Kiel als auch im Raum Rendsburg existieren aber weiterhin rechtsextremistische subkulturelle Szenen. In beiden Bereichen war daher nach wie vor rechtsextremistisch motivierte Kriminalität zu verzeichnen. Aktivistinnen der Szene beteiligten sich an überregionalen Veranstaltungen der NPD oder Aktionen der neo-nationalsozialistischen Szene innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins. Im Vordergrund standen allerdings subkulturelle Verhaltensformen, z. B. der Besuch von Skinhead-Konzerten und -Partys.

Der „Club 88“ in **Neumünster** ist ein über die Landesgrenzen hinaus bekannter Treffpunkt für jüngere Neo-Nationalsozialisten und Skinheads. Im Berichtsjahr gingen die Besucherzahlen jedoch kontinuierlich zurück. Insbesondere hat sich auch der Kreis der Besucher verändert. Zunehmend wird der „Club“ in den letzten 1 ½ Jahren von sehr jungen Personen aus dem subkulturellen Milieu im Alter zwischen 15 und 18 Jahren aufgesucht. Dagegen scheint er sowohl bei den älteren Neo-Nationalsozialisten als auch bei auswärtigen Besuchern deutlich an Akzeptanz eingebüßt zu haben. Das liegt offensichtlich auch daran, dass die Bedeutung des „Club 88“ und der dazugehörigen rechtsextremistischen Szene in der Stadt Neumünster in den vergangenen Jahren ganz überwiegend von dem bundesweit bekannten kriminellen Neo-Nationalsozialisten Peter Borchert dominiert wurde. Nach seiner Festnahme am 28. Oktober 2003 im Zuge eines Ermittlungsverfahrens unter anderem wegen diverser Verstöße gegen das Waffengesetz gingen die rechtsex-

tremistischen Aktivitäten in der Region signifikant zurück. Herausragendes Ereignis war die alljährlich stattfindende Geburtstagsfeier des „Club 88“, der im Jahr 2004 sein achtjähriges Bestehen feiern konnte. Diese Veranstaltung wurde im Vorwege umfassend beworben, so dass entgegen dem oben beschriebenen Trend mehr als 400 Personen aus der gesamten Bundesrepublik und sogar aus Dänemark teilnahmen.

Die rechtsextremistischen Aktivitäten im **Kreis Ostholstein** konzentrierten sich in der Hauptsache auf den Großraum Neustadt. Hier kam es zu mehreren Aktionen, bei denen jeweils einige Hundert Flugblätter verteilt oder in Hausbriefkästen eingeworfen wurden. So wurde Mitte Mai ein Flugblatt mit dem Titel „Volk steh auf und wehre Dich“ verteilt, in dem für die Teilnahme an einer Protestdemonstration gegen das Zuwanderungsgesetz geworben wurde.

Anlässlich der alljährlich im August stattfindenden „Heiß-Aktionen“ wurde ein Flugblatt mit dem Titel „Gequält und ermordet 46 Jahre lang - Weder Recht noch Menschlichkeit“ verteilt.

Für die Mehrzahl dieser Verteilungsaktionen zeichnete eine „Aktionsgruppe Holstein“ mit Sitz in Eutin verantwortlich. Der deutlich neo-nationalsozialistisch orientierte „harte Kern“ der Szene umfasst etwa 20 bis 25 Personen. Von diesem Personenkreis werden Kontakte zu Rechtsextremisten aus anderen Bundesländern und in den skandinavischen Raum unterhalten.

In **Lübeck** nahm nach dem Rückzug des die örtliche Szene bis dahin prägenden Kameradschaftsführers Jürgen Gerg im Verlauf des ersten Halbjahres das Interesse an der „Freien Kameradschaft Lübeck“ (auch „Kameradschaftsbund Rudolf Brüggmann“) ab. Deutlich wurde diese Entwicklung auch am Rückgang öffentlichkeitswirksamer Aktionen. So fand zwar am 8. Mai auf dem Lübecker Ehrenfriedhof ein „Arbeitseinsatz“ statt, in dessen Verlauf diverse Gedenktafeln gereinigt wurden. Dieser blieb aber weitgehend unbeachtet. Am 26. Mai verteilten vier Aktivisten vor dem Lübecker Amtsgericht Flugblätter und demonstrierten unter dem Motto „Häuser bewohnen und erhalten!“ gegen die dort stattfindende Verhandlung und Verurteilung der Hausbesetzer vom 28. Juni 2003. Um die Jahresmitte 2004 schienen rechtsextremistische Aktivitäten im Großraum Lübeck nicht mehr existent zu sein. Dies än-

derte sich erst zum Jahresende hin. Nachdem klar war, dass die NPD in Schleswig-Holstein den Einzug in den Landtag anstrebte, gab es wieder regelmäßige Treffen mit wachsender Beteiligung. Offensichtlich begünstigt durch das NPD-Ergebnis bei der Landtagswahl in Sachsen gelang es den Lübecker Protagonisten, unter anderem bei einer Kranzniederlegung anlässlich des „Heldengedenkens“ auf dem Lübecker Ehrenfriedhof am 14. November mehr als 60 Personen aus Lübeck, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zu einer Teilnahme zu motivieren.

Die Region **Pinneberg** war Jahre lang eine der Hochburgen der schleswig-holsteinischen neo-nationalsozialistischen Szene. Unter dem Einfluss führender Hamburger Neo-Nationalsozialisten hatte sich die „Kameradschaft Pinneberg“ in den Jahren 2000 und 2001 zu einer der politisch aktivsten Gruppierungen in Schleswig-Holstein entwickelt. Später prägten ständige Auseinandersetzungen mit Linksextremisten und der Polizei das Erscheinungsbild der „Kameradschaft“. Gelegentlich gab es Bedrohungen unter Berufung auf die verbotene „Blood & Honour“- und die militante britische „Combat 18“-Bewegung. Wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung vollstreckte die Polizei im Oktober 2003 zahlreiche Durchsuchungsbeschlüsse, von denen insbesondere Angehörige der „Kameradschaft“ betroffen waren. Die Bedeutung der „Kameradschaft Pinneberg“ ist seitdem stark zurückgegangen. Im Netzwerk der norddeutschen Neo-Nationalsozialisten spielt sie keine Rolle mehr.

Auch die zweite Gruppierung im Kreisgebiet, die „Kameradschaft Elbmarsch“, ist im Berichtsjahr kaum öffentlichkeitswirksam aufgetreten. Zu Jahresbeginn häuften sich noch Auseinandersetzungen und gegenseitige Bedrohungen mit linksextremistischen Kräften aus der Region. Im Laufe des Jahres erlahmte das Interesse an den ständigen Konfrontationen. Einzelne Kameradschaftsangehörige nahmen unter anderem an den Demonstrationen und Aktionen gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung Anfang des Jahres in Hamburg teil. Auch am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ im August in Wunsiedel (Bayern) und an einer regionalen Kranzniederlegung anlässlich des Volkstrauertages am 14. November in Uetersen beteiligten sich Anhänger der „Kameradschaft“.

Die Entwicklung im **Kreis Herzogtum Lauenburg** zeigt die Kurzlebigkeit regionaler Zusammenschlüsse.

Nachdem die Aktivitäten des im Kreisgebiet agierenden „Kameradschaftsbundes Geesthacht“ bereits zum Ende des Jahres 2003 deutlich zurückgegangen waren, wurde zu Beginn des Berichtsjahres bekannt, dass sich die „Kameradschaft“ aufgelöst hat. Ehemalige Anhänger der „Kameradschaft“ verfügen aber weiterhin über gute Kontakte zu „Freien Nationalisten“ aus Hamburg. So unterstützen sie insbesondere den Personenkreis um den Leiter des „Aktionsbüros Norddeutschland“ aus Norderstedt. Anfang des Jahres beteiligten sich Einzelne aus dem Kreisgebiet an den verschiedenen Aktionen, die von der rechtsextremistischen Hamburger Szene anlässlich der so genannten Wehrmachtsausstellung durchgeführt wurden (Demonstrationen, Straßentheater, Informationstische etc.).

Trotz der Auflösung des „Kameradschaftsbundes“ fanden traditionell die „Bunker-Party“ und ein Fußballturnier statt. Rund 40 Szene-Angehörige nahmen am 15. Mai an der „Bunker-Party“ im Raum Geesthacht teil. Kurze Zeit später, am 5. Juni, wurde in Reinbek (**Kreis Stormarn**) das alljährliche Fußballturnier der norddeutschen Skinhead-Szene durchgeführt. In den letzten Jahren hatte dieses Turnier jeweils im Kreis Herzogtum Lauenburg stattgefunden. Den Veranstaltern, ehemalige Angehörige der „Kameradschaft“, war eine Nutzung des in den Vorjahren verfügbaren Sportplatzes dieses Mal untersagt worden. An der friedlich verlaufenen Veranstaltung nahmen rund 300 Personen aus dem norddeutschen Raum teil.

3.1.2 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die HNG ist die mitgliederstärkste neo-nationalsozialistische Vereinigung Deutschlands. Ihr gehören rund 600 Szene-Angehörige bundesweit, in Schleswig-Holstein unverändert 25 Personen an. An der Jahreshauptversammlung, die am 20. März in Gremsdorf (Bayern) unter der Leitung der Vorsitzenden Ursula Müller aus Mainz durchgeführt wurde, nahmen rund 150 Personen teil. Aus Schleswig-Holstein wurden keine Teilnehmer bekannt. Zweck der HNG ist nach der Satzung die Unterstützung „nationaler politischer Gefangener und deren Familienangehöriger“. Die HNG versteht sich als organisationsübergreifendes Bindeglied für Neo-Nationalsozialisten

im In- und Ausland. Ein Großteil der Mitglieder ist auch in anderen rechtsextremistischen Organisationen eingebunden oder gehört den so genannten Freien Nationalisten oder der Subkultur-Szene an. Insofern kommt der HNG eine bedeutende Rolle als Integrations- und Vernetzungsfaktor zu. Dies zeigt sich unter anderem auch an den zahlreichen Vernetzungshinweisen zu anderen rechtsextremistischen Internet-Portalen in der Publikation „Nachrichten der HNG“.

Die „Nachrichten der HNG“ erscheinen monatlich in DIN-A5-Format und sind auch auf einer Internet-Seite abrufbar. In jeder Ausgabe wird eine „Gefangenenliste“ abgedruckt, die der Kontaktvermittlung dient. Dort sind auch in Schleswig-Holstein Inhaftierte aufgeführt. Fester Bestandteil jeder Ausgabe sind Briefe von Inhaftierten an die Schriftleitung und Kritik an Gerichtsurteilen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten. Darüber hinaus wird über rechtsextremistische Aktionen berichtet, so z. B. über den jährlichen Gedenkmarsch für Rudolf Heß, der aufgrund seiner langen Haftzeit für die Organisation eine besondere Bedeutung hat. Sein Foto erscheint in jeder Ausgabe über der abgedruckten „Gefangenenliste“. Damit wird nicht zuletzt auch die Orientierung der HNG am historischen Nationalsozialismus deutlich.

3.1.3 „Braune Hilfe“

Die im Oktober 2003 in Schleswig-Holstein gegründete „Braune Hilfe“ verfolgt eine ähnliche Zielsetzung wie die gerade dargestellte HNG. Nach einer Selbstdarstellung versteht sie sich als „parteiunabhängige nationale Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Sie „organisiert nach ihren Möglichkeiten Solidarität und Hilfe für Personen, die aufgrund ihrer politischen Betätigung strafrechtlich verfolgt“ und/oder „gesellschaftlich benachteiligt“ werden. Die „Braune Hilfe“ will in Schleswig-Holstein und Hamburg tätig sein. Von den acht Gründungsmitgliedern, die alle in neonationalsozialistischen Zusammenhängen bekannt geworden sind, kommen sieben aus Schleswig-Holstein und einer aus Hamburg.

Im November 2003 beantragte der Vorstand die Eintragung in das Vereinsregister. Der Antrag wurde mit Beschluss vom 21. April 2004 zurückgewiesen. Das Amtsge-

richt begründete die Ablehnung unter anderem damit, dass der Vereinsname „Braune Hilfe“ Bezüge zum Nationalsozialismus herstellt. Daraufhin wurde Ende Juli zwar eine geänderte Satzung, aber ohne Änderung des Vereinsnamens vorgelegt. Bislang ist keine Entscheidung gefallen, das Verfahren dauert an.

Die Resonanz auf die Gründung des Vereins ist eher verhalten. Der Szene scheint die „Betreuung“ durch die HNG ausreichend zu sein.

3.2 Parteien

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Mitte der Neunzigerjahre hatte die NPD den Tiefpunkt ihrer bis dahin etwa 30-jährigen Geschichte erreicht. Die Mitgliederzahlen waren von bis zu 28.000 auf etwa 3.500 zurückgegangen. Erst die Wahl des Diplom-Politologen Udo Voigt zum Bundesvorsitzenden im Jahre 1996 brachte die Wende in der Entwicklung der Partei. Unter seiner Führung öffnete sich die bis dahin dem legalistischen Rechtsextremismus zuzurechnende Partei den Neo-Nationalsozialisten. Die unter Voigt für eine angestrebte Machtübernahme erarbeitete Drei-Säulen-Strategie („Kampf um die Straße“, „Kampf um die Wähler“ und „Kampf um die Köpfe“) (ursprünglich war von „Schlachten“ die Rede) setzte gezielt auf die Einbeziehung der nach zahlreichen Organisationsverboten der Neunzigerjahre strukturlosen neo-nationalsozialistischen Szene als außerparlamentarischer Teil des angestrebten so genannten Nationalen Widerstandes. Eine Reihe von Demonstrationen gegen die „Wehrmachtsausstellung“ wurde sichtbarer Ausdruck für das Zusammenrücken der bislang miteinander konkurrierenden rechtsextremistischen Strömungen.

Zu einem kurzzeitigen Stillstand der Zusammenarbeit führte dann die aus taktischen Gründen während des Verbotsverfahrens von der NPD praktizierte Zurückhaltung gegenüber neo-nationalsozialistischen Aktionen. Doch schon Ende des Jahres 2003 fanden unter der Führung von Thomas Wulff Teile der „Freien Nationalisten“ und NPD im Rahmen der Vorbereitung einer gemeinsamen Kundgebung zum 1. Mai 2004 erneut zueinander. Das Bündnis zahlte sich für die NPD insofern aus, als es ihr gelang, deutlich mehr Demonstrationsteilnehmer als noch im Vorjahr - NPD und

Neo-National-sozialisten gingen damals getrennte Wege - zu mobilisieren. An der unter dem Motto „Arbeitsplätze für Deutsche sichern - Sozialabbau bekämpfen! - Nein zur EU-Osterweiterung und zum EU-Beitritt der Türkei!“ in Berlin-Lichtenberg durchgeführten Demonstration nahmen rund 2.300 Personen (Vorjahr: 1.300) teil. Zu den Rednern gehörte auf Seiten der „Freien Nationalisten“ Ralph Tegethoff. Die NPD stellte daraufhin in einer im Internet verbreiteten „Erklärung der Versammlungsleitung“ fest, die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung dieser 1.-Mai-Demonstration durch NPD-Führung und „Freie Nationalisten“ habe sich „als richtig und konstruktiv erwiesen“.

Die Neo-Nationalsozialisten Wulff, Tegethoff und Heise setzten in der Folge ihren Kurs Richtung NPD konsequent fort und traten am 11. September, kurz vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, in die Partei ein. Bereits in der Mai-Ausgabe der NPD-Publikation „Deutsche Stimme“ hatte Wulff den eingeschlagenen Weg eines Schulterschlusses von NPD und Neo-Nationalsozialisten mit dem Aufruf „Volksfront von rechts schaffen“ auch publizistisch untermauert (siehe dazu unter Nr. II 2.2). So forderte er in diesem Artikel alle Aktivisten auf, in den Wahlkämpfen der kommenden Monate dafür zu sorgen, dass die NPD als der „parteiliche Arm“ der Bewegung wieder gestärkt werde. Eine Distanzierung des „Nationalen Widerstandes“ von der NPD führe letztlich nur dazu, dass dieser sich selbst schwächen würde.

Als Gradmesser einer wachsenden Bedeutung der NPD im rechtsextremen Lager können auch die „Pressefeste“ des zur NPD gehörenden „Deutsche-Stimme“-Verlages angesehen werden. Gab es in den Jahren 2001 und 2002 rund 1.500 Besucher, erschienen 2003 bereits 2.500 Personen. Am 7. August fand in Mücka (Sachsen) das „Pressefest 2004“ mit fast 7.000 Teilnehmern statt. Die angebotene Mischung aus politischer Veranstaltung, Volksfest und Skinhead-Konzert übte dabei erstmals Anziehungskraft auch über die Grenzen der NPD und der „Freien Nationalisten“ hinweg aus. Udo Voigt hofierte die anwesende Skinhead-Szene geradezu und bezeichnete sie als „Speerspitze der Arbeiterbewegung“.

Der sichtbarste Beleg für den Aufwärtstrend der NPD waren die Wahlerfolge des Jahres 2004 (siehe dazu unter Nr. II 2.1). Eine Offensive der NPD in der Form wachsender Wahlbeteiligungen hatte Voigt bereits im Jahre 2003 in einem Interview angekündigt:

„Die NPD hat ihre Strategie nicht geändert, wir verfolgen nach wie vor das Drei-Säulen-Konzept. Wir werden in den kommenden Jahren verstärkt die dritte Säule, den Kampf um die Parlamente, angehen, was bedeutet, dass dadurch auch eine neue Zielgruppe angesprochen werden muss.“

Voraussetzung dafür war aber nicht der Schulterschluss mit den Neo-Nationalsozialisten, sondern ein Bündnis mit anderen rechtsextremistischen Parteien. Der von Voigt im Jahre 2003 initiierte „Leipziger Appell“, der an die „Deutsche Volkunion“ (DVU), die „Republikaner“ (REP) sowie die „Deutsche Partei“ (DP) gerichtet war, vermochte zwar nicht zu einer Zusammenarbeit mit REP sowie der DP zu führen; überraschend gelang aber ein Bündnis mit der DVU. Erst der Verzicht der DVU auf eine Wahlbeteiligung bei der sächsischen Landtagswahl 2004 schaffte die Voraussetzungen für den späteren Wahlerfolg der NPD.

Unter dem Eindruck des Wahlerfolges in Sachsen führte die NPD am 30./31. Oktober in Leinefelde (Thüringen) ihren 30. ordentlichen Bundesparteitag durch. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des Parteivorstandes. Dabei wurde Udo Voigt in seinem Amt bestätigt. Zu stellvertretenden Parteivorsitzenden wurden der niedersächsische Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld sowie der Fraktionsvorsitzende der NPD im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, gewählt. Offenkundig aufgrund des ebenfalls positiven Abschneidens der NPD bei der saarländischen Landtagswahl (4 %) wurde der saarländische Landesvorsitzende Peter Marx zum dritten Stellvertreter von Voigt gewählt. Hervorzuheben ist ferner die Wahl des Neo-Nationalsozialisten Thorsten Heise (Thüringen) zu einem der Beisitzer im Bundesvorstand. Damit wurde die Einbindung der Neo-Nationalsozialisten in die NPD auch organisatorisch vollzogen. Udo Voigt erläuterte und modifizierte in seiner zweistündigen Rede das strategische Konzept der NPD:

„Unbeirrbar halten wir an unserem strategischen Konzept des ‚Kampfes um die Straße‘, des ‚Kampfes um die Parlamente‘ und des ‚Kampfes um die Köpfe‘ fest und werden auch in Zukunft stetig alle drei Säulen dieses Konzeptes gleichrangig bedienen und künftig um eine vierte Säule, den ‚Kampf um den organisierten Willen‘, erweitern müssen.“

Bereits kurz vor dem Bundesparteitag hatte sich Voigt in einem Interview mit der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zum Nationalsozialismus bekannt. Ziel der NPD sei es, so Voigt, „die BRD ebenso abzuwickeln wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat“, was offenbar „auch über die Wahlurne“ funktioniere, um zu einer „Volksgemeinschaft“ zurückzufinden, „in der die Gruppen- und Eigeninteressen überwunden werden“ (Letzteres laut „Berliner Zeitung“ vom 29. Oktober). Der Nationalsozialismus habe die Idee „völkischer Identität in hohem Maße realisiert“. Diesen Umsturz der bestehenden Verhältnisse will Voigt „durch revolutionäre Veränderung“ erreichen, was er in der „Berliner Zeitung“ (29. Oktober) wie folgt erläuterte:

„Gewalt sollte da keine Rolle spielen. Wenn aus der Bewegung heraus jedoch etwas entsteht, was wir nicht kontrollieren können, dann ist das eine vollkommen andere Geschichte.“

Sei dieses Ziel erreicht, wolle die NPD die Politiker zur Rechenschaft ziehen, die ihren Eid, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, verletzt hätten: „Bedenken Sie, dass die nationalen Kräfte das Siegertribunal von Nürnberg hinter sich haben.“ Bei Adolf Hitler handelt es sich für Voigt um einen „großen deutschen Staatsmann“, dem er allerdings „die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands“ anlastete.

Unter dem seit dem 24. August 2003 im Amt befindlichen Landesvorstand konnte sich der schleswig-holsteinische Landesverband der Partei auf niedrigem Niveau stabilisieren. Das selbst gesetzte Ziel, „wieder politische Inhalte zu vermitteln, Veranstaltungen durchzuführen und Publikationen zu erstellen“, konnte ansatzweise umgesetzt werden. Die Partei führte im Berichtsjahr außerhalb der Ballungszentren mehrere Parteiveranstaltungen durch. Als Gäste konnte sie neben dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Holger Apfel auch den einschlägig vorbestraften Ex-NPD-Vorsitzenden Günter Deckert begrüßen. Öffentliche Präsenz zeigte die NPD mit

Ausnahme eines provokativen Wahlstandes am 12. Juni in Kiel-Gaarden sowie einer Gedenkfeier für Karl Dönitz am 19. September in Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg) nicht. Der Landesverband der NPD berichtet über seine Aktivitäten in der regelmäßig erscheinenden Publikation „Schleswig-Holstein-Stimme“ sowie auf einer Internet-Seite.

Die geschlossene Wahlkampfauftakt-Veranstaltung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes zur Landtagswahl 2005, zu der auch der Parteivorsitzende Udo Voigt erschien, fand am 4. Dezember in einem Restaurant in Steinburg (Kreis Steinburg) statt. Hierbei wurde deutlich, dass durch die Zusammenarbeit mit latent gewaltbereiten Neo-Nationalsozialisten auch im unmittelbaren Umfeld der NPD Gewaltbereitschaft festzustellen ist. Nach Steinwürfen von Linksextremisten auf das Veranstaltungsort gingen die Veranstaltungsteilnehmer selbst gewalttätig gegen die Angreifer vor, was Voigt später wie folgt begründete: „Wer uns angreift, muss selbst mit Verletzungen rechnen.“ Damit hatte er sich bereits wieder von der Anerkennung des rechtsstaatlichen Gewaltmonopols verabschiedet, die er in dem oben dargestellten Interview mit der „Jungen Freiheit“ wie folgt in Aussicht gestellt hatte:

„Wir erstreben zwar die Überwindung der BRD, aber solange sie de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen.“

3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Nach wie vor ist die DVU die größte rechtsextremistische Organisation in Deutschland. Wie schon in den Vorjahren hat sie aber weiter an Bedeutung eingebüßt. Ihre Mitgliederzahl sank nochmals und beträgt bundesweit nur noch 11.000 Personen. Damit hat die DVU innerhalb der letzten drei Jahre mehr als 25 % ihrer Mitglieder verloren. In Schleswig-Holstein liegt der Mitgliederstand bei höchstens 450 Personen.

Ein Ende dieser mittlerweile mehrere Jahre anhaltenden Tendenz ist aktuell nicht absehbar. Ungewiss sind insbesondere die Folgen des Bündnisses mit NPD und Neo-Nationalsozialisten im Rahmen der so genannten Volksfront-Strategie. Mitgliederzuwächse sind jedenfalls aus Kreisen der Neo-Nationalsozialisten nicht zu erwarten.

ten. Angehörige der „Freien Kameradschaften“ sind - wenn überhaupt - möglicherweise bereit, sich unter dem Dach der neo-nationalsozialistisch geprägten NPD, nicht aber innerhalb der autokratisch geführten, rechtspopulistischen DVU zu organisieren. Größere Wanderungsbewegungen von der DVU zur NPD und damit verbundene Mitgliederverluste waren 2004 auf der anderen Seite auch nicht zu verzeichnen. Dies dürfte sich allenfalls bei anhaltenden Wahlerfolgen der NPD, insbesondere bei solchen in westdeutschen Bundesländern, ändern. Ständige Wahlerfolge der NPD, verbunden mit einer ähnlich hohen Medienpräsenz wie 2004, könnten zu einer Sogwirkung zu Lasten der DVU bis hin zur Bedeutungslosigkeit führen. Das für die NPD eher ernüchternde Wahlergebnis bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Februar 2005 spricht allerdings zurzeit gegen eine solche Entwicklung.

Die DVU entfaltet weiterhin nur wenig parteitypische Aktivitäten. Sämtliche Entscheidungen, auch solche, die ausschließlich einzelne Landesverbände betreffen, werden nach wie vor in München vom Gründer, Parteivorsitzenden und Geldgeber der Partei, Dr. Gerhard Frey, getroffen. Obwohl sein Führungsstil unter den Mitgliedern einzelner Landesverbände mehr und mehr Unbehagen hervorrief, war auch im Berichtsjahr keine innerparteiliche Opposition zu verzeichnen, die ernsthaft eine Änderung der bestehenden Verhältnisse zu erreichen versuchte.

Deutlich wurde diese Machtkonstellation auch am Beispiel des DVU-Landesverbandes Schleswig-Holstein: Der lange Jahre amtierende Landesvorsitzende wurde im Oktober kurzerhand auf Anweisung aus München von seinem Amt entbunden. Unter den norddeutschen Parteimitgliedern hat diese Aktion zu erheblicher Unruhe geführt. So soll es aus Protest Parteiaustritte langjähriger DVU-Mitglieder gegeben haben.

DVU-Strukturen sind in Schleswig-Holstein ohnehin kaum noch erkennbar. Die Aktivitäten beschränken sich auf die unregelmäßige Veranstaltung von „Stammtischen“ sowie die Ausrichtung eines Sommerfestes und einer Jahresabschlussfeier, an denen in der Regel aber nur ein begrenzter Personenkreis teilnimmt.

3.2.3 „Die Republikaner“ (REP)

Die seit Jahren andauernde Talfahrt der Partei, deren Anhänger nicht durchweg rechtsextremistische Ziele verfolgen, setzte sich auch im Berichtsjahr fort. Die bundesweite Mitgliederzahl hat sich von etwa 8.000 im Jahre 2003 auf 7.500 verringert. Auch in Schleswig-Holstein gab es einen nochmaligen Rückgang der Mitgliederzahl, und zwar von 60 auf etwa 50. Einen Lichtblick für die REP stellten einige Kommunalwahlergebnisse, die Landtagswahl in Thüringen, bei der sie sich von 0,8 auf 2 % verbesserten, und die Europawahl dar. Hier erreichte die Partei 1,9 gegenüber 1,7 % bei der vorangegangenen Wahl.

Die Parteibasis leidet seit Jahren unter einer zermürenden Diskussion über die Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Parteien. Um der zu erwartenden Kritik an ihrem Abgrenzungskurs insbesondere gegenüber der NPD entgegenzutreten, hatte die Bundesführung der REP, unmittelbar nachdem die NPD die „Volksfront“ propagiert hatte, mit der so genannten Frankfurter Erklärung geantwortet, die das Zustandekommen eines Gegenbündnisses, unter anderem der REP und der „Deutschen Partei“, suggerieren sollte. Auf dem Bundesparteitag am 27./28. November wurde der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer erneut mit 145 von 249 abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Derzeit ist offen, wie lange die REP und insbesondere der Bundesvorsitzende die distanzierende Position gegenüber der NPD durchhalten werden. Bereits wenige Tage nach den Beschlüssen des Bundesparteitages nahmen einzelne Parteimitglieder an der Auftaktveranstaltung der NPD zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl teil.

In einer Presseerklärung zur NPD-Niederlage bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 2005 erklärte Dr. Schlierer:

„Mit Vorstellungen von vorgestern kann man heute keine Wahl mehr gewinnen. Das Strohfeuer von Dresden ist bereits erloschen. (...) Die Republikaner werden daher ihren verfassungskonformen sozialpatriotischen und demokratischen Kurs zu einer Etablierung einer Rechtspartei in Deutschland fortsetzen.“

Wie schon in den Vorjahren gab es in Schleswig-Holstein auch im Jahr 2004 keine öffentlichen Aktivitäten der Partei.

3.3 Sonstige

„Bündnis Rechts“ (BR)

Das BR mit Sitz in Lübeck war im Berichtsjahr weitgehend inaktiv. Das Info-Telefon wurde nicht mehr betrieben, und die Publikation „Lübscher Aufklärer“ erschien letztmalig im Jahr 2002. Der Vorsitzende Dieter Kern meldete im Jahr 2004 lediglich eine Demonstration an. Sie sollte unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Globalisierung - Für eine Welt souveräner Staaten“ am 1. Mai in Dresden stattfinden. Sie wurde kurzfristig abgesagt. Ein für eine erfolgreiche Demonstration ausreichendes Mobilisierungspotenzial war angesichts der zeitgleich in Berlin stattfindenden Großdemonstration der NPD ohnehin nicht vorhanden. Seit März 2004 betreibt Kern in Heilshoop (Kreis Stormarn) die Gaststätte „Landhaus Heilshoop“, um seinen Lebensunterhalt zu sichern und um Rechtsextremisten einen sicheren Veranstaltungs- und Treffort zu bieten. Schon vor der Eröffnung gab er einen „Vorläufigen Veranstaltungskalender 2004 für Schleswig-Holstein und Umgebung“ heraus und bewarb darin diverse in seiner Gaststätte stattfindende Vortrags- und Musikveranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund. Teilweise unter dem Namen des BR fanden in der Gaststätte zahlreiche Veranstaltungen und Liederabende statt. Die Teilnehmerzahlen reichten von einem knappen Dutzend bis hin zu über 70 Besuchern. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die Vorträge von Peter Naumann am 9. Mai, Manfred Roeder am 12. Juni sowie des ehemaligen NPD-Rechtsanwalts Horst Mahler am 23. Oktober; allesamt wegen rechtsextremistischer Straftaten in der Vergangenheit rechtskräftig verurteilt.

Kerns Aktivitäten führten zu teilweise heftigen Reaktionen der regionalen linksextremen Szene. Mit mehreren Demonstrationen sollte eine Schließung der Gaststätte erreicht werden. In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai wurden mehrere Fensterscheiben der Gaststätte zerstört und die Räumlichkeiten durch Buttersäure verunreinigt.

4 Verlage und Vertriebe

Die Zahl der Verlage und Vertriebe, die auch oder ausschließlich rechtsextremistische Publikationen anbieten, beläuft sich in Schleswig-Holstein auf fünf hier ansässige Unternehmen. Dazu gehören der „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur“ (Viöl, Kreis Nordfriesland), die „Verlagsbuchhandlung Dr. Axmann, Dr. Axmann Verlag GmbH & Co. KG“ (Burg, Kreis Dithmarschen), die „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ (Stafstedt, Kreis Rendsburg-Eckernförde) und „Spirit Wake, Versandbuchhandlung und Antiquariat“ (Bad Segeberg).

Die größte Bedeutung hat weiterhin der in Martensrade (Kreis Plön) ansässige „Arndt-Verlag“. Zu seiner Unternehmensgruppe gehören der „Bonus-Verlag“, der „Orion-Heimreiter-Verlag“ sowie der „Pour-le-Mérite-Verlag“. Über den ihm angeschlossenen Buchdienst „Lesen & Schenken“ wird ein Buch- und Geschenkesortiment vertrieben, das in Teilen rechtsextremistische Bezüge aufweist. Im „Lesen & Schenken Jahreskatalog 2004“ wurde ein Buch des Holocaust-Kritikers Norman Finkelstein mit einem erstaunlich offenen, als antisemitisch zu bewertenden Kommentar beworben:

„Ein Verbrechen ist in Finkelsteins Augen auch dann ein Verbrechen, wenn es von Juden an Nichtjuden begangen wird - ein heute geradezu revolutionärer Standpunkt!“

Der Verlagsinhaber setzt sich auch weiterhin für die „Aktion Deutsches Königsberg“ ein, die eine Ansiedlung von Russland-Deutschen im nördlichen Ostpreußen unterstützt. Der Rundbrief 1/2004 des „Arndt-Buchdienstes“ ist ausschließlich dieser Aktion gewidmet. Unter anderem wird darin der Besuch von Außenminister Fischer

im ehemaligen Königsberg anlässlich des 200. Todestages von Immanuel Kant im Februar so kommentiert:

„(...) ist man geneigt anzunehmen, dass auch eine gewisse Sympathie für den bolschewistischen Massenmörder Josef Stalin ungebrochen ist, (...) Wie sonst wäre es angesichts der Erkenntnisse der seriösen Geschichtsforschung möglich, dass Fischer im Jahre 2004 in Königsberg wieder vom verbrecherischen Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion faselt und damit die historische Wahrheit auf den Kopf stellte? (...)“

Dieser unverhohlene Vortrag eines rechtsextremistischen Standpunktes zeigt, dass der Verlag deutlich weniger als in der Vergangenheit seine extremistische Zielsetzung zu verschleiern sucht. Wie schon in den Jahren zuvor versucht der dem Verlag angeschlossene Versand außerdem, durch ein wachsendes Angebot an CDs ein jüngeres Publikum anzusprechen. Vertrieben werden unter anderem Produktionen des rechtsextremistischen Liedermachers Frank Rennicke sowie Aufnahmen rechtsextremistischer Skinhead-Gruppen wie „Kraftschlag“ und „Sturmwehr“.

5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2002 bis 2004*

	2002	2003	2004
NPD/JN	130	130	140
DVU	500	450	450
„Die Republikaner“	100	60	50
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	60	50	60
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	70	90	90
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	550	600	660
Gesamt Land	1.410	1.380	1.430
Gesamt Bund	45.000	41.500	41.000

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Die Gesamtmitgliederzahl der Gruppierungen des dogmatisch geprägten Linksextremismus ist in Schleswig-Holstein mit rund 500 gegenüber den Vorjahren konstant geblieben. Dabei verfügt die „Deutsche Kommunistische Partei“ mit rund 200 Mitgliedern in diesem Spektrum über den größten Anteil. Sie nahm an der Europawahl im Juni teil und erreichte in Schleswig-Holstein - wie auch bundesweit - lediglich 0,1 % der Stimmen. Das gleiche Ergebnis erzielte sie bei der Landtagswahl im Februar 2005.

Im Bereich der gewaltbereiten autonomen Szene ist die Zahl der Anhänger landesweit noch einmal geringfügig von 340 auf 320 zurückgegangen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass zu bestimmten Anlässen das mobilisierungsfähige Potenzial erheblich höher liegen kann.

Die Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ legte im Mai eine „erweiterte und aktualisierte Fassung“ ihres Grundsatzpapiers vor. Diese enthält Klarstellungen und eine Aufnahme aktueller Themen, wie z. B. die „Globalisierungs-Debatte“. Substantielle inhaltliche Veränderungen hat es hingegen nicht gegeben. „Avanti“ hält am „Ziel einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung“ fest. Kernforderung bleibt die „Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln“.

Die „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof‘“, die in den Vorjahren eine Vielzahl von Anschlägen im Norden Hamburgs und im angrenzenden Schleswig-Holstein verübte, war im Berichtsjahr inaktiv.

Die hiesige autonome Szene beteiligte sich auch 2004 nicht erkennbar an der von der „militanten gruppe (mg)“ seit 2001 geführten „Militanz-Debatte“, bei der es um Formen und Inhalte „militanter und bewaffneter Politik“ geht.

Hauptaktionsfelder der linksextremistischen Szene waren der „Antifa-Kampf“ sowie die Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen („Agenda 2010“, „Hartz IV“, „Arbeits-

losengeld II“). Die bei der letztgenannten Kampagne von den Linksextremisten erhoffte maßgebliche Beeinflussung misslang allerdings. Bei den Aktivitäten gegen Rechtsextremisten kam es - vielfach provoziert - verstärkt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Im Jahr 2004 sind für Schleswig-Holstein 88 (2003: 206) Straftaten, davon 10 (2003: 45) Gewaltdelikte im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden.

Zu dem Absinken der Fallzahlen im Vergleich zu 2003 ist anzumerken, dass die Zahlen 2004 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar sind, da aufgrund erneut modifizierter bundeseinheitlicher Verfahrensregeln seit Januar 2004 „bei selbem Tatort, selber Tatzeit und selbem Tatentschluss der Sachverhalt als ein Fall gezählt wird“.

Unter Berücksichtigung dieser neuen Zählweise ist für 2004 von einem Straftatenaufkommen auszugehen, das etwa dem des Jahres 2002 entspricht. Damals wurden 126 Straftaten gezählt. Der Rückgang im Vergleich zu 2003 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es eine vergleichbare Fülle von linksextremistisch motivierten Demonstrations-Straftaten nicht gab.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Autonom-anarchistische Szene

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Die autonome Szene stellt mit in etwa zum Vorjahr gleich gebliebenen rund 5.000 Personen bundesweit den weitaus größten Anteil des gesamten gewaltbereiten linksextremistischen Potenzials. Fast alle Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem linksextremistischem Hintergrund dürften auf das Konto militanter Autonomer gehen, darunter Brandanschläge und Körperverletzungen.

Autonome Gruppierungen existieren in fast allen größeren Städten Deutschlands, insbesondere in den Ballungszentren Berlin und Hamburg sowie im Rhein-Main-Gebiet.

In Schleswig-Holstein ging die Anzahl gewaltbereiter Autonome wie im Jahr 2003 nochmals um rund 5 % zurück und umfasst jetzt rund 320 Personen. Aus mehreren Gründen ist diese Angabe als Basiszahl mit Toleranz in beide Richtungen zu verstehen. Einerseits beteiligen sich zu besonderen Anlässen häufig ehemalige Szenemitglieder, so genannte Alt-Autome, die dann gelegentlich sogar zentrale Positionen einnehmen. Wegen der nur sporadischen Mitarbeit ist dieser Personenkreis nicht mitgezählt worden. Andererseits wirkt sich ein Trend der vergangenen Jahre weiterhin aus. In den Vorjahren kam es zur Auflösung einer Vielzahl fester Gruppenstrukturen zugunsten unverbindlicherer themen- oder anlassbezogener, häufig auch zeitlich begrenzter Zusammenschlüsse. Dies kann fälschlicherweise den Eindruck erwecken, dass sich Personen aus der autonomen Szene zurückgezogen hätten. Soweit diese zu erfassen waren, wurden sie mitgezählt.

Die Schwerpunkte der autonomen Szene finden sich weiterhin in Kiel (mit landesweiter Bedeutung), Flensburg, Neumünster, Norderstedt und Lübeck. Gruppen aus dem Umland orientieren sich in der Regel zum nächstgelegenen Szeneschwerpunkt.

2.1.2 Strategien, Aktionsformen, Gewalt

Die mehr oder weniger eigenständigen Gruppierungen innerhalb der autonomen Szene verfügen über kein einheitliches ideologisches Konzept; Anführer oder hierarchische Strukturen sind dem autonomen Spektrum fremd.

Autonome propagieren den Widerstand gegen Autoritäten und die Missachtung von Normen; dies findet in diversen „Anti-Einstellungen“ („antifaschistisch“, „antikapitalistisch“, „antipatriarchal“) seinen Ausdruck. Diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente bilden den Rahmen ihrer oftmals spontanen Aktivitäten. Dabei zielen Autonome - wie alle Linksextremisten - im Kern auf die Überwindung des „herrschenden Systems“, womit die freiheitliche demokratische Grundordnung gemeint ist. Die Anwendung von Gewalt halten Autonome in diesem Zusammenhang durchweg für legitim. Sie rechtfertigen Gewalt als angeblich erforderliches Mittel gegen „die strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. Allerdings werden Gewaltabsichten von einem Teil der autonomen Gruppierungen

rungen einstweilen zurückgestellt, um eine breitere Basis zu erreichen (siehe dazu unter Nr. III 2.1.3). Ziel dieser Strategie ist dabei die gesellschaftliche „Verankerung“, genau genommen die Akzeptanz praktischer Zusammenarbeit bei der Verfolgung nachvollziehbarer tagespolitischer Themen. Folgerichtig wird insoweit auch auf die gesamte Bandbreite nicht gewalttätiger Aktionsformen wie Kultur- und Musikveranstaltungen, Flugblätter, Flyer und Spuckies sowie Lese- und Diskussionsabende und Vortragsveranstaltungen zurückgegriffen.

2.1.3 Sonderfall „Avanti - Projekt undogmatische Linke“

1989 vereinigten sich eine Kieler und eine Lübecker autonome Gruppe zu „Avanti - Projekt undogmatische Linke“. Inzwischen gibt es weitere Ortsgruppen in Norderstedt, Hamburg und Flensburg. Ihre politischen Standpunkte veröffentlicht „Avanti“ in Grundsatzpapieren, zuletzt 1999. Bei einer Ausgabe vom Mai 2004 handelt es sich lediglich um eine „erweiterte und aktualisierte“ Fassung, wie die Gruppe selbst zutreffend feststellt. Die zusätzlichen 13 der insgesamt 88 Seiten entstanden durch ergänzende Klarstellungen und das Einarbeiten aktueller Themen, wie z. B. der „Globalisierungs-Debatte“. Substanzielle inhaltliche Veränderungen hat es nicht gegeben. Die entscheidenden politischen Positionen sind weitgehend wortgleich geblieben. „Avanti“ hält am „Ziel einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung“ fest. Kernpunkt bleibt die Forderung nach der „Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln“, um den Kapitalismus zugunsten des Sozialismus zu überwinden. Damit würde die Wurzel für Rassismus, Faschismus, Krieg und Unterdrückung beseitigt. Veränderungen würden nicht durch die Gewinnung parlamentarischer Mehrheiten erreicht, sondern durch den Aufbau einer außerparlamentarischen Gegenmacht. Hierin sieht „Avanti“ auch die aktuelle Hauptaufgabe. Durch Beteiligung an „sozialen Bewegungen“ könne man als revolutionäre Kraft mit vielen anderen Menschen gemeinsam Protest und Widerstand entwickeln, die letztlich zur Abschaffung der repräsentativen Demokratie und damit der geltenden Verfassungsordnung führen müssen. Auch in der Gewaltfrage ist kein Umdenken erfolgt. „Avanti“ lehnt zwar eine „inhaltsleere Inszenierung von Militanz“ ab, befürwortet aber unter bestimmten Bedingungen den „Einsatz revolutionärer Gewalt“.

In der praktischen Umsetzung ihrer theoretischen Grundlagen wird das taktische Verhalten von „Avanti“, zweigleisig zu operieren, immer wieder deutlich. So brachte sich die Gruppe intensiv in die Vorbereitungen der bundesweiten Kampagne gegen die jährlichen Aufmärsche von Rechtsextremisten im bayerischen Wunsiedel zum Todestag von Rudolf Heß im August ein. Aus der Einsicht heraus, den Aufmarsch nicht verhindern zu können, setzte sich „Avanti“ für ein langfristig angelegtes Konzept ein, gemeinsam mit demokratischen Organisationen als politisches Gegengewicht ein breites Bündnis zu bilden. Gleichzeitig wird regelmäßig betont, dass es keine Spaltung im „antifaschistischen Lager“ geben dürfe und jeder mit seinen Mitteln zum Kampf gegen die Rechtsextremisten beitragen solle. Dies schließt militante Aktionen bewusst mit ein. Das staatliche Gewaltmonopol wird als Machtmittel eines Staates, den es zu überwinden gelte, nicht anerkannt.

2.1.4 Autonome Strukturen mit terroristischen Ansätzen

Innerhalb der militanten autonomen Szene gibt es Strukturen, die mit ihren Anschlägen die Grenze zu terroristischem Gewalthandeln überschreiten. Die derzeit bedeutendste Gruppierung in dieser Kategorie ist die seit Mitte 2001 ganz überwiegend im Großraum Berlin/Brandenburg agierende „militante gruppe (mg)“. Sie verübte auch im Jahre 2004 wiederum eine Anzahl schwerer Brandanschläge überwiegend vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“ und „Arbeitslosengeld II“). Im Rahmen der maßgeblich von der mg geführten „Militanz-Debatte“ erschien Ende August über Szene-Buchläden eine 66-seitige Broschüre „militanzdebatte - dokumentation einer diskussion 2001 - 2004“. Sie enthält zum überwiegenden Teil bereits bekannte Beiträge. Darüber hinaus ist ein neuer mit Juli 2004 datierter Text der mg abgedruckt. In diesem sechsseitigen Abschnitt mit dem Titel „der aufbau einer militanten plattform - versuch einer zwischenbilanz“ ziehen die Autoren ein verhalten positives Resümee des zurückliegenden Diskussions- und Organisationsprozesses:

„Wir sehen es bereits jetzt als Erfolg an, dass sich seit etwa drei Jahren dieser Diskussionsprozess aufrechterhalten lässt. Es ist vor dem Hintergrund unserer allgemeinpolitischen Bedeutungslosigkeit als revolutionäre Linke und der internen Zerrissenheit in vielen Fragen von antagonistischer Politik nicht selbstverständlich, dass sich in diesem drei-

jährigen Plattformprozess beinahe ein Dutzend militanter Zusammenhänge inhaltlich und zum Teil praktisch eingebracht haben.“

Erneut weist die mg darauf hin, dass es sich um einen „langen (mehrjährigen) Zeitraum der Diskussion und Aktion“ handle, bis es letztlich zu einer stabilen interventionsfähigen Struktur kommen könne. Konjunkturelle Schwankungen führten immer wieder zu einem Abbruch des Prozesses, der dann von Neuem entfacht werden müsse:

„Eine wesentliche Aufgabe in der aktuellen Debatte sehen wir darin, diesen aufgenommenen Diskussionsfaden nicht wieder abreißen zu lassen und eine Kontinuität einzufordern, die zu tatsächlichen organisatorischen Ergebnissen führt.“

Von entscheidender Bedeutung für ein Fortkommen der Diskussion und das Gelingen des Organisationsprozesses - so die mg weiter - werde zum einen sein, dass sich jene militanten Zusammenhänge, die sich bislang nicht beteiligt hätten, dieser Initiative anschließen; zum anderen sollten die Gruppen, die sich in verschiedenen Taterklärungen bereits auf den Plattformprozess bezogen hätten, diese Bezüge konkretisieren und damit einen gezielteren Austausch ermöglichen:

„Wir profitieren alle davon, wenn wir die gegenseitige Bezugnahme nicht nur proklamieren, sondern tatsächlich praktizieren.“

Hiermit gibt die mg zu erkennen, dass sie sich eine Ausweitung und Intensivierung des von ihr angestoßenen Diskussionsprozesses wünscht.

Die schleswig-holsteinische Szene beteiligte sich auch 2004 nicht erkennbar an der „Militanz-Debatte“.

Die „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof‘“ (AZUM), die in den Vorjahren eine Vielzahl von Anschlägen im Norden Hamburgs und im angrenzenden Schleswig-Holstein verübte, war im Berichtsjahr inaktiv. Das bundesweit bedeutsame Berliner autonome Szene-Blatt „INTERIM“ veröffentlichte in seiner Ausgabe Nr. 603 vom 14. Oktober unter der Überschrift „noch einmal ganz von vorne?“ eine Erklärung der

AZUM. Darin setzt diese sich mit ihrer Situation auseinander und begründet, warum sie sich seit über einem Jahr nicht mehr „aktionistisch“ an der „Militanz-Debatte“ beteiligt hat:

„nachdem wir im august 2003 mit mehreren brandsätzen eine mercedes benz filiale in hamburg-hummelsbüttel, anlässlich der wto proteste in cancu/mexico angegriffen, hat sich innerhalb eines jahres bei uns strukturell einiges getan. einige genossinnen haben sich sang und klanglos von uns getrennt und haben sich in ihre privatnischen verzogen. die gründe hierfür waren wie so oft desorientierung, ausgebrannt so viel mit dem job, studium, familie etc... zu tun.“
(Schreibweise wie im Original)

Das Schwerpunktthema künftiger „militanter Auseinandersetzung“ unter Einbeziehung aller linksradikalen Kräfte sehen die Verfasser in den Protesten gegen „Sozialabbau“. Dabei bewerten sie die von der mg eröffnete „Militanz-Debatte“ für eine militante Plattform sowie die in diesem Zusammenhang stehenden Anschläge gegen Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit als ersten richtigen Schritt für eine Neuorientierung linker militanter Politik:

„vor allem die von der mg (militante gruppe) eröffnete militanz-debatte (für eine militante plattform) hat viel dazubeigetragen, daß endlich mal wieder der versuch unternommen wurde, sich besser untereinander auszutauschen, zu organisieren (beispielsweise die gekoppelten aktionen gegen sozialämter und arbeitsämter im zuge der anti-hartz-proteste) und sich auch inhaltlich (neu) zu positionieren.“
(Schreibweise wie im Original)

Zur weiteren Perspektive der AZUM heißt es abschließend, sie befinde sich derzeit in einem Selbstfindungs- und Diskussionsprozess:

„wie bereits anfangs erwähnt, befindet sich unsere gruppe in auflösungserscheinungen, die wir z. Z. durch intensive inhaltliche diskussionen/zielsetzungen versuchen werden zu stoppen. eines ist uns aber klar, wie auch immer das hier ausgehen wird sie, die herrschenden, sie haben die kanonen, die fabriken, das geld, aber wir haben die menschlichkeit!“
(Schreibweise wie im Original)

Derzeit scheint sich die AZUM in einer „Konsolidierungsphase“ zu befinden, an deren Ende sie auch wieder auf militante Handlungsweisen zurückgreifen könnte.

2.2 „Rote Hilfe e. V.“

Die „Rote Hilfe e. V.“ unterstützt Angehörige des linksextremistischen Spektrums durch finanzielle oder ideelle Zuwendungen. Nach ihrer Satzung versteht sie sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“:

„Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“

Der „Roten Hilfe“ gehören bundesweit rund 4.500 - in Schleswig-Holstein rund 200 - Mitglieder an, die sich aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren. Sie gliedert sich in über 30 Ortsgruppen, davon zwei in Schleswig-Holstein, mit einem Netz von über 50 Kontaktadressen. Der Verein verfügt über einen gut funktionierenden Informations- und Kommunikationsapparat mit engen Kontakten in die gesamte linksextremistische Szene. Sein bundesweit erscheinendes Publikationsorgan ist die Zeitung „Die Rote Hilfe“.

2.3 Dogmatischer Linksextremismus

Unter dem Begriff „Dogmatischer Linksextremismus“ lassen sich linksextremistische Parteien und Gruppierungen zusammenfassen, die sich im Wesentlichen am Marxismus-Leninismus ausrichten. Sie verfügen über ein Weltbild, das wissenschaftlichen Anspruch erhebt. Geschichtliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen unterliegen danach bestimmten Gesetzmäßigkeiten, die unausweichlich die Beseitigung der bestehenden repräsentativen und pluralistischen Verfassungsordnung zur Folge haben, die als kapitalistisch, rassistisch und imperialistisch angesehen wird. An deren Stelle soll eine kommunistische Einheitsgesellschaft

Das Spektrum des dogmatischen Linksextremismus umfasst in Schleswig-Holstein rund 500 Personen, wovon rund 200 der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) zuzurechnen sind.

Die 1968 gegründete **DKP** war bis 1989 ein Einflussinstrument der DDR in der Bundesrepublik Deutschland. In der Folgezeit hat die in ideologischer und finanzieller Hinsicht damals von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ abhängige Organisation stark an Bedeutung und Mitgliedern verloren. Die Überalterung der Partei ist ebenso wenig überwunden wie ihre finanzielle Krise oder die der parteieigenen Zeitung „Unsere Zeit“; die Diskussion über den Entwurf eines neuen Parteiprogramms ist nicht abgeschlossen. Hier zeigen sich die unterschiedlichen „Sozialismusvorstellungen“ der Partei in West- und in Ostdeutschland und damit wohl auch gravierende Hinderungsgründe, Nachwuchswerbung erfolgreich betreiben zu können.

Bei der Europawahl im Juni ist die DKP erstmals mit einer eigenen Liste angetreten. Sie stellte ihren Wahlkampf unter das Motto „Ein anderes Europa ist möglich!“. Sie sagte „Nein“ zum Verfassungsentwurf der Europäischen Union und „Ja zu einem Europa mit mehr Demokratie von unten nach oben und effektiver Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft und Gesellschaft“. Der in Schleswig-Holstein wohnhafte Parteivorsitzende Heinz Stehr begründete die Kandidatur der DKP aus der Notwendigkeit der Präferenz einer antikapitalistischen, gesellschaftsverändernden Kraft auch in diesem Wahlkampf als Teil der europaweiten kommunistischen Bewegung. In Schleswig-Holstein - wie bundesweit - hat die Partei nur 0,1 % der Stimmen erhalten.

Der schleswig-holsteinische Landesverband der DKP beteiligte sich an den so genannten Montags-Demonstrationen und Aktionen gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“. Das Thema „Sozialabbau“ zählt zu den Agitationsschwerpunkten der DKP. Die „reformistische Politik“ in Deutschland und die daraus resultierende gesellschaftliche Unzufriedenheit versucht die Partei für sich zu nutzen, um sich mit autonomen und anderen Gruppierungen zusammenzuschließen. Unter der Überschrift „Bildungsthema 2004: ‚Sozialreform und Revolution‘ - Folgerungen für die praktische Arbeit und für die Programmarbeit der DKP“ heißt es im Zentralorgan der DKP „Unsere Zeit“ vom 2. Juli:

„(...) Wir kämpfen dafür, heute Widerstand zu leisten gegen Sozialraub und Demokratieabbau und um Reformen im Interesse der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger. (...)

Wir setzen uns dafür ein, im Bündnis mit anderen fortschrittlichen politischen Kräften eine breite außerparlamentarische Opposition zu schaffen. (...)

Wir bringen in diese Bewegungen Klassenpositionen ein und machen darauf aufmerksam, dass es letztlich darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zu verändern, wenn soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden durchgesetzt werden sollen. Unsere Aufgabe ist es, auf die Ursachen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation aufmerksam zu machen und auf historische Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung. (...)

Mitglieder der DKP sind nach wie vor in den Führungsgremien der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (**VVN-BdA**) vertreten. In Schleswig-Holstein nahmen - bedingt durch die Altersstruktur - die Aktivitäten auf allen Ebenen ab.

Zu den weiteren im Lande vorhandenen dogmatisch-linksextremistischen Organisationen gehört unter anderem die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (**MLPD**), die sich 2004 aktiv an den „Montags-Demonstrationen“ gegen „Sozialabbau“ und „Hartz IV“ auch in Schleswig-Holstein beteiligte. Die MLPD versuchte, sich als Ansprechpartner für Betroffene bekannt zu machen und so ihren gesellschaftlichen Einfluss zu vergrößern.

Die MLPD entstand 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund“. Sie orientiert sich am traditionellen Kommunismusverständnis nach Marx und Engels, Stalin und Mao.

Weiterhin gehören die aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) hervorgegangene „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS“, die trotzkistischen Organisationen „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV), „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG) und „Linksruck“ sowie traditionell anarchistische Gruppen der „Graswurzelbewegung“, wie die in der „Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) organisierten Anarcho-Syndikalisten, diesem Spektrum an. Ihre Bedeutung ist marginal.

3 Aktionsfelder

Hauptaktionsfelder der linksextremistischen Szene waren in Schleswig-Holstein der „Antifa-Kampf“ sowie die Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen. In den Politikbereichen „Anti-Globalisierung“ und „Anti-Atomkraft“ konnten Linksextremisten nur geringe Wirkung erzielen.

Die 2003 entstandenen Konflikte um mögliche Schließungen zentraler Treffpunkte für linksalternative, aber auch linksextremistische Personenkreise in Lübeck und Kiel befanden sich im Jahr 2004 nach jeweiligen Fristverlängerungen im Schwebestand. Das Lübecker selbst verwaltete Jugend- und Kulturzentrum „alternative“ (genannt „walli“) hat öffentlichkeitswirksam keine große Rolle gespielt, sondern hauptsächlich die politische Ebene beschäftigt. In erster Linie fanden Gespräche im Zusammenhang mit der Suche nach einem neuen Grundstück statt, wobei sämtliche Bemühungen zur Umsiedlung der „walli“ bisher gescheitert sind. Einige kleinere Demonstrationen mit Teilnehmern vorwiegend aus der nicht-extremistischen Szene verliefen friedlich.

In Kiel gab es im Januar 2004 zum Erhalt der selbst verwalteten „Alten Meierei“ noch eine Demonstration mit rund 400 Teilnehmern und einen symbolischen „Besuch“ des Rathauses. Dieser unter deutlichem Einfluss von autonomen Linksextremisten stehende Protest war in beiden Fällen von Sachbeschädigungen begleitet. Weitere öffentliche Aktionen gab es in der Folgezeit nicht mehr, da eine Räumung durch die zuständigen städtischen Stellen nicht weiter verfolgt wurde.

3.1 „Anti-Faschismus“

Bedingt durch das Erstarken und teilweise provokative Verhalten der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) im Jahre 2004 erlangte das für Linksextremisten traditionell bedeutsame Aktionsfeld „Anti-Faschismus“ bundesweit einen bemerkenswerten Aufschwung.

So wurde z. B. die Kampagne gegen die NPD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin-Köpenick und das dort geplante „Nationaldemokratische Bildungszentrum“ mit gewalttätigen Aktivitäten fortgeführt: In der Nacht zum 20. April stellten unbekannte

Täter einen Pkw auf dem Gehweg unmittelbar vor dem Eingang der NPD-Zentrale ab und setzten ihn in Brand. Das Feuer verursachte an der Hausfassade großflächige Verrußungen und Hitzeschäden. Das mit einem entwendeten amtlichen Kennzeichen versehene Fahrzeug brannte vollständig aus. Im Innenraum fand die Polizei Reste von vier als Brandbeschleuniger benutzten Autoreifen. In der Umgebung des Brandortes wurden ausgestreute Krähenfüße festgestellt.

Auch in Schleswig-Holstein war die NPD durch ihre Teilnahme am Landtagswahlkampf der Anlass für einen erheblichen Aufschwung im linksextremistisch dominierten Teil der antifaschistischen Bewegung. Auf der Basis der Strukturen des zuletzt bedeutungslosen „Landesweiten Antifa-Treffens“ wurde mit Unterstützung der linksextremistischen Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke“ die Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ gegründet. Rund 20 Gruppen aus dem ganzen Land recherchierten in ihren Orten nach rechtsextremistischen Aktivitäten, um den Wahlkampf der NPD zu behindern und gegenüber den Bewohnern Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Kampagne war aus taktischen Gründen grundsätzlich gewaltfrei angelegt, um für die Öffentlichkeit überzeugend zu wirken. Es konnten in erheblichem Umfang Personen, auch aus dem demokratischen Bereich, für die Mitarbeit gewonnen werden. Dass auf eine vorhandene Struktur zurückgegriffen werden konnte, ist einer der vielfältigen Gründe, warum es bei einer Demonstration am 29. Januar 2005 in Kiel gegen einen Aufzug von Rechtsextremisten gelang, rund 7.000 Personen vor allem aus dem Jugendbereich zu mobilisieren.

Gleich zur Auftaktveranstaltung der NPD zum Landtagswahlkampf am 4. Dezember in Steinburg (Kreis Steinburg) konnte die Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ ihre Strategie der Gewaltlosigkeit nicht durchhalten. Einzelne Autonome provozierten mit Stein- und Flaschenwürfen gewalttätige Reaktionen der Teilnehmer der NPD-Veranstaltung.

Im Jahr 2004 hat sich die Gaststätte „Landhaus Heilshoop“ in Heilshoop (Kreis Stormarn) zu einem besonderen Reizobjekt für das regionale autonome Spektrum entwickelt. Sie wird seit März 2004 von dem bekannten Rechtsextremisten Dieter Kern als Pächter betrieben. So fanden diverse Demonstrationen anlässlich von Kern

veranstalteter „Liederabende“ statt, die - nicht zuletzt dank polizeilicher Einsätze - ganz überwiegend friedlich verliefen. Bereits Anfang Mai gab es unter maßgeblicher Steuerung durch die autonome Szene eine „Outing-Aktion“ per Hauswurfsendung, mit der die Einwohner von Heilshoop auf die politische Vergangenheit des Kern aufmerksam gemacht werden sollten. Ziel der Aktion war, der Gaststätte die Kunden zu nehmen und eine Schließung herbeizuführen. Auch hier wurde die auf breitere Vermittelbarkeit angelegte Kampagne aber gewalttätig unterlaufen. Anlässlich eines geplanten Konzertes kam es in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai zu einer Sachbeschädigung der Gaststätte. Hierbei wurden mit Steinen mehrere Fensterscheiben zerstört und die Räumlichkeiten mit Buttersäure verunreinigt.

3.2 Kampagne gegen die Arbeitsmarktreformen

Die Ausrichtung eines Teils der Anti-Globalisierungsbewegung änderte sich langsam, als die Bundesregierung die Maßnahmen zur Reform des Sozialstaates als „Agenda 2010“ veröffentlichte. Der durch die Globalisierung bedingte gesellschaftliche Wandel wurde konkret spürbar, die Proteste gegen die Globalisierung verlagerten sich auf die innenpolitische Ebene. Statt gegen die abstrakte „Herrschaft des Kapitals“ richteten sich jetzt die Proteste gegen den „Sozialkahlschlag“, die Gesetzesänderungen im sozialen Bereich, die als „Hartz IV“ bekannt wurden. Ziel der Proteste sollte die Verhinderung der „Umverteilung“ von „unten nach oben“ sein. Mit der dann folgenden Umkehrung der Forderungen sollte die Veränderung der politischen Verhältnisse erwirkt werden, um letztlich die Durchsetzung System überwindender „Reformen“ möglich zu machen:

„(...) Viertens verbinden wir den Kampf gegen Sozialkahlschlag mit dem Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt, mit dem Kampf um eine sozialistische Gesellschaft.“
(Resolution des Bundesvorstandes der „Sozialistischen Alternative VORAN“ vom 7. Dezember 2003)

An den Vorbereitungen zu den „Montags-Demonstrationen“ gegen den Umbau in der Sozialgesetzgebung („Hartz IV“) waren linksextremistische, überwiegend trotzkistisch oder orthodox-kommunistisch orientierte Gruppen und Parteien maßgeblich beteiligt. Sie agierten in Bündnissen und Netzwerken, die weit über das extremisti-

sche Spektrum hinausreichten. Die Teilnehmerzahlen der Anfang August begonnenen „Montags-Demonstrationen“ waren bereits Ende Oktober in Schleswig-Holstein wieder stark rückläufig. Die Hoffnung der gesamten Szene, von der Betroffenheit des bürgerlichen Lagers zu profitieren, wurde enttäuscht. Die Idee, die Proteste gegen den „Sozialkahltschlag“ zu einer dauerhaften „Massenbewegung“ ausweiten zu können, konnte nicht verwirklicht werden.

Die militante autonome Szene, auch in Schleswig-Holstein, nahm die Proteste zum Anlass für Farbschmierereien und Sachbeschädigungen an den Gebäuden von Arbeitsagenturen oder Ortsvereinen politischer Parteien.

Als eine neue Aktionsform gegen den „Sozialabbau“ und gegen die „herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse“ wurde im Jahr 2004 bundesweit die „Umsonstkampagne“ propagiert. Auch in Kiel gründeten Personen aus dem linksextremistischen autonomen Spektrum eine neue Gruppe mit dem Namen „Kiel umsonst“. Unter den Parolen „Her mit dem schönen Leben!“ und „Alles für alle und zwar umsonst“ sollten Waren, Dienstleistungen und Lebensbedingungen „angeeignet“ werden. Wirklich neu daran ist allerdings nur der offensive Umgang mit diesem Thema. Schwarzfahren und Ladendiebstahl gehörten schon immer, ob aus Geldmangel oder politischem Selbstverständnis, zur Lebenswirklichkeit vieler Autonomer.

Mit dem Abklingen der „Montags-Demonstrationen“ wurden andere Formen des Widerstandes diskutiert. Dabei bildete sich die bundesweite Initiative „Agenturschluss“, die dazu aufrief, am 3. Januar 2005, dem ersten Werktag nach Inkrafttreten der Gesetze, den Betrieb der Arbeitsagenturen durch Aktionen „kollektiven Ungehorsams“ zu stören. In Dutzenden von Städten (in Schleswig-Holstein waren es Kiel, Lübeck und Flensburg) kam es zu Demonstrationen und Aktionen, die aber nicht zu wesentlichen Beeinträchtigungen des Arbeitsablaufs in den Arbeitsagenturen führten. Insbesondere gelang es nicht, betroffene Arbeitslose in die Proteste einzubeziehen und so im Anschluss an die „Montags-Demonstrationen“ eine erneute „Massenbewegung“ zu initiieren. Während in Lübeck und Flensburg nur kurzfristig zur Teilnahme aufgerufen wurde, hatte es in Kiel eine längerfristige Vorbereitung gegeben. Das „Kieler Bündnis Agenturschluss“, bestehend aus den linksextremistischen Gruppen „Kiel umsonst“ und „Avanti“ sowie Einzelpersonen, bezeichnete in einem

Flugblatt die Arbeitsmarktreformen als „Klassenkampf von oben“ und führte weiter aus:

„Mit Hartz IV zeigt sich auch die Aufgabe des Staates im Kapitalismus sehr deutlich: ihm kommt vor allem die Rolle zu, optimale Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskraft zu schaffen. (...) Grundsätzlich ist es daher nicht der Ruf nach mehr Arbeitsplätzen, dem wir uns anschließen, sondern der Kampf um andere Formen der Vergesellschaftung jenseits von Lohnarbeit und Kapitalismus. (...) Es geht um ein angenehmes Leben für alle, zu dem die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichem Reichtum genauso gehört wie selbst bestimmte Zeit!“

3.3 „Anti-Militarismus“

Linksextremisten haben im Berichtsjahr nur wenige Protestaktionen zum Thema „Anti-Militarismus“ durchgeführt. So blieben z. B. feierliche Gelöbnisse der Bundeswehr - die in früheren Jahren des öfteren Ziel gewalttätiger Aktivitäten durch Linksextremisten waren - weitgehend unbehelligt. Der Grund dafür ist darin zu sehen, dass die Politikfelder „Sozialabbau“ und „Anti-Faschismus“ für die Szene im Vordergrund standen.

Hervorzuheben sind allerdings zwei miteinander im Zusammenhang stehende Anschläge mit antimilitaristischem Hintergrund, von denen einer in Schleswig-Holstein erfolgte: In den frühen Morgenstunden des 20. März warfen unbekannte Täter durch eine Fensterscheibe mehrere Brandsätze in einen Schulungsraum der Firma HAKO in Bad Oldesloe; es entstand ein Sachschaden von über 100.000 Euro.

Ebenfalls in der Nacht zum 20. März setzten unbekannte Täter in Berlin-Mitte zwei Sanitätsfahrzeuge der Bundeswehr in Brand, die auf dem Betriebsgelände des Fahrzeugbauers Multicar - Tochterunternehmen von HAKO - zu Reparaturzwecken abgestellt waren. Dabei wurden ein weiteres in der Nähe befindliches Bundeswehrfahrzeug zerstört sowie zwei zivile Fahrzeuge beschädigt. Auch hier entstand sehr hoher Sachschaden.

Am 24. März gingen bei zwei Zeitungsredaktionen textidentische dreiseitige Selbstbeichtigungsschreiben ein. Darin hieß es, man habe am ersten Jahrestag des imperialistischen Angriffs auf den Irak eine Aktion gegen europäische Rüstungsprojekte durchgeführt:

„Multicar (...) baut in Kooperation mit Krauss-Maffei-Wegmann die neuen gepanzerten Truppentransporter ‚Mungo‘. Dieser kann je nach Bedarf für unterschiedliche militärische Nutzungen ausgerüstet werden. (...) HAKO, die bisher nur im zivilen Bereich produziert hatten, konnten sich gegen die Konkurrenz von Rheinmetall durchsetzen. (...) Die Chefs von HAKO/Multicar hoffen mit Nachfolgeaufträgen aus anderen NATO-Staaten weiter im profitablen Geschäft zu bleiben.“

Breiten Raum widmen die Verfasser der neuen „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, die den Aufbau und den Einsatz eigenständiger, von NATO und USA unabhängiger europäischer Militärstrukturen - und damit verbunden den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee - zum Ziel habe. Dieses Vorhaben resultiere aus den Erfahrungen aus dem Kosovo-Krieg 1999 und werde maßgeblich von Deutschland und Frankreich vorangetrieben:

„Darauf werden linke und linksradikale Kräfte in Zukunft angemessener reagieren müssen. (...) Es muss in Zukunft darum gehen, eine kontinuierliche Politik und Praxis zu entwickeln, die die politischen und strategischen Ziele des deutschen Kapitals und der deutschen Regierung ernst nimmt und sie entschieden bekämpft.“

Das Schreiben schließt mit den Parolen:

„DEUTSCHE SOLDATEN SIND MÖRDER!
GEGEN DAS ‚GOOD OLD EUROPE‘ DER MILITÄRS UND DES
KAPITALS, FÜR EINE WELT DER REVOLUTION!“

Dies lässt erkennen, dass auch in Zukunft militärische Einrichtungen und Zulieferbetriebe Ziele linksextremistisch motivierter Anschläge sein können.

3.4 „Anti-Rassismus“

In diesem Aktionsfeld wurde eine „Anti-Lager-action-Tour“ unter Einflussnahme linksextremistischer Gruppierungen durch verschiedene Städte der Bundesrepublik vom 20. August bis zum 5. September ohne spürbare Resonanz durchgeführt. Schleswig-holsteinische Orte lagen nicht auf der gewählten Route. Die „Anti-Lager-action-Tour“ ist als Nachfolgeprojekt der „Antirassistischen Grenzcamps“ zu sehen, die seit 1998 jährlich im Rahmen der Kampagne „kein mensch ist illegal“ stattfanden.

Im Vorfeld der „Anti-Lager-action-Tour“ verübten am 16. August unbekannte Täter einen Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Wachschutzfirma WEKO in Hamburg. Das Berliner autonome Szene-Blatt „INTERIM“ (Nr. 600 vom 2. September) veröffentlichte mit der Überschrift „Freedom of Movement!“ eine Erklärung, in der die mutmaßlichen Täter den Brandanschlag begründen. In ihr heißt es, Wachschutzfirmen wie WEKO hätten Aufgaben im Bereich der Flüchtlingskontrolle und -repression übernommen und setzten „den staatlichen Rassismus in die Tat um, zusammen mit Bullen und Behörden“. So habe WEKO Begleitungen bei Abschiebungen von Flüchtlingen, die sich nicht an die „rassistische Residenzpflicht“ gehalten hätten, durchgeführt. Die Autoren erklärten sich weiterhin solidarisch mit der „antirassistischen ‚Anti-Lager-action-Tour‘“ und der Forderung nach „Abschaffung der Lager, Abschiebeknäste und der Residenzpflicht“.

Dieser beispielhaft angeführte Brandanschlag zeigt deutlich die Bereitschaft bei einem Teil des linksextremistischen Spektrums, politische Aktivitäten zu verschiedenen Themen flankierend durch Gewalttaten „zu unterstützen“.

4 Agitations- und Kommunikationsmedien

Bundesweit werden durch über 30 Vertriebsdienste im linksextremistischen Bereich Zeitungen, Zeitschriften und Bücher verbreitet.

Von den bundesweit erscheinenden Zeitungen sind in Schleswig-Holstein nach wie vor „Unsere Zeit“, „Die Rote Hilfe“ und das von Berliner Autonomen erstellte Szene-Blatt „INTERIM“ von Bedeutung.

In Schleswig-Holstein erscheinen die „LinX“, die von Autonomen herausgegebene „Enough is enough!“ sowie diverse Parteipublikationen und verschiedene Szene-Blätter. Aktuelle Termine und Kampagnentexte oder Demonstrationsaufrufe werden zunehmend über das Internet verbreitet. An der Bedeutung von Vorbereitungstreffen im Vorfeld von Aktionen und der Pflege von persönlichen Kontakten hat sich nichts geändert. Nach wie vor kommt den persönlichen Kontakten in der Szene eine herausragende Bedeutung zu. Absprachen hierzu werden jedoch zunehmend über das Internet getroffen.

Für Linksextremisten ist die Nutzung des Internet mit seinen verschiedenen Bereichen zur Selbstverständlichkeit geworden. Es dient dazu, Informationen zu verbreiten oder zu dokumentieren und für den Versuch, Teile der Szene zu vernetzen. In einer Selbstdarstellung des Internet-Portals „sandimgetriebe“ heißt es:

„Wir halten es für wichtig, im Internet präsent zu sein, da wir einerseits denken, dass linke Positionen überall zu finden sein müssen und andererseits denken, dass wir so mehr Menschen mit möglichst vielen Informationen erreichen können, ist das Internet doch eines der wichtigsten Medien. Was wir wollen, ist aber auch Gegeninformationen liefern, also Informationen, die nicht immer mit dem mainstream und der öffentlichen, bürgerlichen Berichterstattung Hand in Hand gehen. (...)“

5 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2002 bis 2004

	2002	2003	2004
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Militante Autonome	360	340	320
Gesamt Land	860	840	820
Gesamt Bund	31.100	31.300	30.800

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Überblick

Die Zahl der Ausländer, die in Schleswig-Holstein extremistischen Bestrebungen anhängen, hat sich sowohl im Ganzen als auch bezogen auf die einzelnen Betätigungsfelder gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Es handelt sich dabei nur um einen Bruchteil der ausländischen Bevölkerung. Linksextremistische und nationalistische Gruppen waren kaum wahrnehmbar.

Die Sicherheitsrisiken, die weltweit von der islamistisch-terroristischen *Jihad*-Bewegung ausgehen, bestimmten im Berichtsjahr unverändert die Sicherheitslage auch in Europa. Deutschland ist Teil des Gefahrenraumes.

Mehrere Sprengstoffanschläge auf Pendlerzüge am 11. März in Madrid (Spanien) mit 191 Toten und rund 1.500 Verletzten zeigten nach den Bombenanschlägen in Istanbul (Türkei) im November 2003, dass auch in Europa mit schwersten Terroranschlägen gerechnet werden muss. Ermittlungen europäischer Sicherheitsbehörden deuteten wiederholt auf Anschlagsvorbereitungen hin. Für diese zeichneten überwiegend lokale, autonom agierende Kleingruppen maghrebischer Herkunft verantwortlich, die neben einer islamistischen Prägung häufig auch einen allgemein-kriminellen Hintergrund aufweisen. Einem derartigen Milieu entstammt auch der islamistische Fanatiker, der am 2. November in Amsterdam (Niederlande) den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh auf offener Straße ermordete.

Am 2. Dezember wurden im Bundesgebiet mehrere Iraker festgenommen, die verdächtigt werden, einen Anschlag auf den irakischen Ministerpräsidenten anlässlich seines Staatsbesuches in Deutschland geplant zu haben. Die Personen werden der kurdisch-islamistischen Organisation „Ansar al-Islam“ zugerechnet, die für diverse Terrorakte im Irak verantwortlich gemacht wird.

Das internationale Terror-Netzwerk lässt kaum noch konkrete übergreifende Strukturen erkennen. Es hat wegen der eingeschränkten operativen Fähigkeiten „Al-Qaidas“ infolge des internationalen Verfolgungsdruckes eher den Charakter ei-

ner weltweit operierenden Bewegung angenommen. „Al-Qaida“ selbst ist zunehmend zu deren Ideengeber geworden, Akteure sind heute eher dezentrale Gruppen mit „Al-Qaida“-Bezug sowie autonome Gruppen und Einzelpersonen. „Al-Qaida“ selbst zeichnete verantwortlich für eine seit Anfang 2004 zu erkennende Propagandaoffensive. Von herausragender Bedeutung für die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik war dabei zunächst eine - auch mit deutschen Untertiteln - über arabische Medien ausgestrahlte Erklärung Bin Ladens vom 15. April, in der die europäischen Staaten ultimativ zum Rückzug aus islamischen Ländern aufgefordert wurden. Ende Oktober forderte der Bin-Laden-Stellvertreter Al-Zawahiri die Jugend des Islam zu weiterem Widerstand gegen die „Kreuzzügler“ auf.

Schleswig-Holstein war unverändert nicht in erkannte terroristische Strukturen eingebunden. Zahlreiche Ermittlungsverfahren der letzten Jahre in Deutschland haben jedoch gezeigt, dass von einem zahlenmäßig nicht konkret zu beziffernden Potenzial von *Mujahidin* mit internationalen Verbindungen und von einer logistischen Infrastruktur (Schleusung, Dokumentenfälschung, Finanzierung) auszugehen ist.

Die Entwicklung des als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) anzusehenden „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL) war im Berichtsjahr geprägt von der weiterhin ausgebliebenen Anerkennung als politischer Ansprechpartner in der „kurdischen Sache“. Auch wegen des fortdauernden Verfolgungsdruckes türkischer Sicherheitskräfte gegen die Guerilla-Einheiten der Organisation kündigte der KONGRA-GEL den von ihm ausgerufenen „einseitigen Waffenstillstand“ zum 1. Juni auf; dass dies noch keine Rückkehr zur militanten Linie früherer Jahre bedeutet, zeigten nachfolgende deeskalierende Erklärungen. Die Organisation blieb in Schleswig-Holstein unauffällig. Die ohnehin schwierige Situation des KONGRA-GEL wurde durch eine im August erfolgte Abspaltung mehrerer Spitzenfunktionäre der Organisation zusätzlich verschärft. Die Gründung einer neuen Organisation unter dem Bruder des PKK-Gründers Abdullah Öcalan verstärkte die Sorge, mit dem eigenen politischen Anspruch auch künftig nicht wahrgenommen zu werden.

2 Islamismus

Zum unabdingbaren Bestand einer freiheitlichen Verfassungsordnung gehört, dass die Religion eine für Dritte folgenlose Privatsache eines jeden Individuums darstellt. Die durch Artikel 4 Grundgesetz gewährte Religionsfreiheit differenziert nicht zwischen einzelnen Religionen und räumt auch Nicht-Gläubigen denselben Achtungsanspruch ein. Eine solche Toleranz gegenüber anderen Lebensplänen ist dem Islamismus fremd. Er verfolgt einen kollektivistischen Ansatz, instrumentalisiert die Religion für politische Machtansprüche und stellt damit eine Ideologie dar. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die langfristig angelegte Durchsetzung seiner politisch-religiösen Vorstellungen auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Diese extremistischen Zielsetzungen werden allerdings im öffentlichen Diskurs häufig verschleiert. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man sich selbst in der Minderheit befindet. Insbesondere im interreligiösen Dialog wird auf die *Taqiya*, die aus islamischen Quellen abgeleitete Befugnis zur Täuschung, zurückgegriffen.

Von den über 3 Millionen in Deutschland lebenden Muslimen hängt nur eine Minderheit islamistischen Strömungen an. Nur diese unterliegt der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Dabei darf der Fokus nicht auf militante oder gar terroristische Durchsetzungsstrategien verengt werden. Manche islamistische Organisationen lehnen in ihren Verlautbarungen durchaus überzeugend Gewalt ab. Äußerungen zur Gewaltfrage sind allerdings nur ein - durchaus wesentlicher - Teilaspekt. Ausschlaggebend ist, dass islamistische Vorstellungen nicht nur punktuell mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kollidieren, sondern die Geltung dieser Grundordnung allenfalls vordergründig akzeptieren, letztlich ihrer eigenen Werteordnung aber den Vorrang einräumen und sie in einer „Parallelgesellschaft“ verankern wollen mit dem Fernziel, ihr ausschließliche politische Geltung zu verschaffen. Außerdem können auch nicht-militante islamistische Organisationen durch die Verbreitung anti-westlicher Zerrbilder und die Relativierung terroristischer Anschläge zu Radikalisierungsprozessen gerade bei jüngeren Muslimen beitragen und damit den Nährboden

schaffen, aus dem militante oder terroristische Bestrebungen ihren Nachwuchs rekrutieren können.

Ein besonderes Problem sind Publikationen, häufig auch in deutscher Sprache, die eine islamistische Position verbreiten und damit Abgrenzung und Konfrontation fördern wollen. Von zunehmender Bedeutung für die islamistische Agitation ist das Internet. Nahezu alle islamistischen Strömungen nutzen dieses Medium, um zeitnah und zum Teil mit drastischen Bildern unterlegt ihre Sichtweise weltweit zugänglich zu transportieren. Soweit, wie z. B. von der der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) nahe stehenden islamistischen Tageszeitung „Milli Gazete“ (siehe dazu unter Nr. IV 2.4), neben der Print-Ausgabe eine Internet-Version vertrieben wird, weist diese regelmäßig radikalere Inhalte auf. Um den Zugriff der Sicherheitsbehörden zu erschweren, werden für die Verbreitung von islamistischer Propaganda über das Internet nicht nur ausländische Provider genutzt, sondern bei terroristischen Bezügen auch die Internet-Adressen häufig gewechselt.

2.1 Wesensmerkmale des Islamismus

Prägende Merkmale der von Islamisten angestrebten „islamischen Ordnung“ sind

- ein kollektivistischer Gesellschaftsansatz, der den Gemeinschaftsbezug in den Vordergrund rückt und damit Individualität und Pluralität eine Absage erteilt,
- die absolute Geltung der islamischen Quellen für jedermann als unmittelbare Grundlage der staatlichen Ordnung,
- damit auch die Einheit von Staat und Religion,
- daraus hergeleitet die Auffassung, die gesamte Rechtsordnung sei ein von Gott gegebenes, vom Menschen nicht abänderbares System (Scharia).

Diese Vorstellungen sind unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere stehen sie im fundamentalen

Gegensatz zur Volkssouveränität, zur Gewaltenteilung, zum Rechtsstaatsprinzip, zum Mehrparteiensystem einschließlich der Ausübung der parlamentarischen Opposition, des Minderheitenschutzes und der Menschenrechte.

Der Islamismus bedient sich zur Durchsetzung seiner Ziele bestimmter Agitationsmuster, die je nach Verortung und Taktik der Akteure unterschiedlich stark betont werden. Folgende, häufig nahtlos ineinander übergehende Aspekte sind regelmäßig festzustellen:

2.1.1 Antisemitismus

Vor dem Hintergrund des Nahost-Konfliktes ist ein ausgeprägter Hass auf Israel, die Juden und ihre vermeintliche Allmacht ein hervorstechendes Merkmal des Islamismus. Ein häufig als Kritik an Israel getarnter Antisemitismus stellt unbeschadet unterschiedlicher ideologischer Ausrichtungen und Haltungen zur Gewalt das einigende Band zwischen den verschiedenen islamistischen Strömungen dar. Eine einseitige Berichterstattung über die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften auch in nicht dem islamistischen Spektrum zuzuordnenden arabischen Medien bewirkt, dass antisemitische Sichtweisen weit in die arabische und auch in die sonstige muslimische Wohnbevölkerung Europas transportiert werden. Drastische Bilder von palästinensischen Opfern, die auch über das Internet verbreitet werden, bewirken eine zusätzliche Emotionalisierung. Die insbesondere den islamistischen Publikationen zu entnehmende antisemitische Agitation kann daher über das Spektrum des Islamismus hinaus auf fruchtbaren Boden fallen und Radikalisierungstendenzen Vorschub leisten.

In ihrer Internet-Ausgabe vom 23. April äußerte sich die der IGMG nahe stehende Zeitung „Milli Gazete“ zum Tod des Führers der „Islamischen Widerstandsbewegung“ (HAMAS), Jassin. Dieser, so der Kolumnist, sei ein Märtyrer und von der „verfluchten Rasse“ ermordet worden. Im Übrigen handele es sich bei der HAMAS auch nicht um eine Terrororganisation, wie die Zionisten dies behaupteten. Sie verteidige vielmehr die gesamte Menschheit vor „diesem dummen Volk“.

Die aus dem türkischen islamistischen Spektrum stammende Tageszeitung „Anadoluda Vakit“ (Auflage nach eigenen Angaben in Deutschland 10.000), die auch in Schleswig-Holstein gelesen wurde, trat mit antisemitischen Ausfällen sowohl quantitativ wie qualitativ besonders in Erscheinung. In ihrer Ausgabe vom 25. Oktober hieß es:

„(...) Gott sagt, dass die größten Feinde der Juden die Gläubigen sind. (...) Ich meine, wir kennen die Juden nun zur Genüge. Was soll nun passieren? Werden die Bösen ihre Bosheit weiterführen und unsere Kinder und Frauen ermorden? Auch auf diese Fragen hat Gott eine Antwort: Gott sendet ihnen (gemeint ist: den Juden) Geißeln. (...)“

Der rassistische Gehalt dieser Aussage erschließt sich vollends im Kontext mit einem Beitrag in der Ausgabe der „Anadoluda Vakit“ vom 17. August:

„(...) Man kann nicht umhin, die Klugheit Adolf Hitlers, der in der Öffentlichkeit als Rassist, Sadist und Bestie dargestellt wird, zu bewundern. (...) Hitler hat damals schon gesehen, was heute passieren wird. (...) Er wusste, dass die Juden zur Plage für die Welt werden; Juden, die den Rassismus als ihre Religion sehen und eine Befriedigung darin empfinden, die Welt in ein Blutbad zu verwandeln; deshalb hat er versucht, die Welt von diesen jüdischen Gaunern zu säubern. (...) Heute verstehen wir, dass Hitler ein Mann mit Weitblick gewesen ist. (...)“

Die „Anadoluda Vakit“ wurde im Februar 2005 vom Bundesinnenministerium auf der Grundlage des Vereinsrechts verboten.

Wegen des Deliktes der Volksverhetzung wurde am 19. Januar der Betreiber des Internet-Portals „Muslim-Markt“ vom Amtsgericht Delmenhorst (Niedersachsen) zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Gegenstand des Verfahrens war unter anderem die Wiedergabe einer Rede des geistlichen Führers des Iran, Ajatollah Khamenei, in der der Holocaust als ein für westliche Politiker, Journalisten und Intellektuelle verpflichtendes „Märchen“ bezeichnet wurde.

2.1.2 Antiwestliche Zerrbilder

Islamisten sind bestrebt, die westlichen Gesellschaftsordnungen als verabscheuungswürdigen Gegensatz zu den eigenen Gesellschaftsmodellen darzustellen. Nach islamistischem Verständnis richten sich die Grundlagen westlicher Gesellschaftsordnungen gegen das „göttliche Gesetz“; die Menschenrechte nach westlichem Verständnis führen demnach zu sozialer Auflösung und Dekadenz, die freie Entfaltung des Individuums mündet in moralische Verkommenheit. Als angebliche Belege für die Richtigkeit dieser Auffassung werden einzelne Fehlentwicklungen in den pluralistischen westlichen Gesellschaften überzogen als Ausdruck einer generell „krank-

haften Gesellschaft“ dargestellt und jede Abweichung von dem eigenen geschlossenen Gesellschaftsmodell als verabscheuungswürdig verunglimpft. Die desintegrative Wirkung einer derartigen Vorgehensweise liegt auf der Hand.

Vorrangiges Ziel der antiwestlichen Propaganda sind die USA als Symbol des Westens. Auffällig ist, dass in diesem Zusammenhang politische Auseinandersetzungen zunehmend religiös aufgeladen und als „Krieg der Religionen“ dargestellt werden, wodurch offenbar auch die in Europa lebenden Muslime in einen Loyalitätskonflikt gebracht werden sollen.

Im Mai veröffentlichte die türkischsprachige islamistische Zeitung „Milli Gazete“ in ihrer Internet-Ausgabe einen Aufruf „An alle Muslime in der Welt“, der vordergründig gegen die USA, mittelbar aber auch gegen sonstige westliche Länder, die Truppen in islamische Länder entsandt haben, gerichtet ist:

„(...) Mujahidin! Schlacht dieses übelriechende Ungeheuer um, (...) damit diejenigen, die bisher vor ihm Angst hatten, seine Haare und Knochen im Topf ihres Hasses kochen. Erlaubt auch nicht den Kindern dieser Hyänen-Herde, die innerlich wie die Pest schmutzig ist und sich äußerlich wie Jesus geschmückt hat, Euch mit dem Kreuz zu erdolchen. Schickt diese Henker, die sich mit dem Mantel der Demokratie gekleidet haben, in Särgen zurück, damit ihre ekligen Leichen das heimische Land nicht beschmutzen. (...) Reinigungskräfte! Säubert diejenigen, die Euch in der Verpackung der Demokratie die Jauche ihrer verfaulenden und giftigen Kultur bringen. Lasst sie nicht entkommen, damit sie nicht auch noch die Menschen anderer Länder beschmutzen. (...) Unterdrückte! Bringt diese um, die lieber umherfliegende Arme, Finger, Köpfe, Hände in der Luft sehen wollen als Laub. Bringt sie um, damit sie nicht länger niederträchtige Dinge tun können.“

In konsequenter Fortsetzung dieser Denkweise werden islamistisch motivierte Terrorakte relativiert, *Jihadisten* als Freiheitskämpfer dargestellt und damit letztlich Andersdenkende für vogelfrei erklärt. Einen derartigen Rechtfertigungsansatz veröffentlichte wiederum die „Milli Gazete“ in ihrer Ausgabe vom 14. September:

„(...) In der heutigen Zeit versucht die christliche Welt mit der Unterstützung des Zionismus und unter dem Vorwand des ‚Terrors‘ das zu erreichen, was sie mit den Kreuzzügen nicht erreichen konnte. Während der Kreuzzüge konnten sie Bagdad nicht besetzen, heute aber befinden sie sich in Bagdad. In der Vergangenheit konnten sich die Briten nicht in Basra ausbreiten, heute aber befinden sie sich in Basra. (...) Man sieht, der Terrorismus nützt den Imperialisten am meisten. Unter dem Vorwand des Terrorismus können sie überall rein- und rausgehen und gesetzwidrige Beschlüsse fassen. (...) Durch die USA sterben seit Monaten täglich 20 irakische Zivilisten den Märtyrertod. Die USA bombardieren mit den modernsten Waffen Dörfer und Ortschaften. (...) Wenn die Muslime einige Geiseln nehmen, die kollaboriert haben, wird diese Tatsache in der Weltöffentlichkeit als etwas sehr Schlimmes dargestellt. (...) Es ist an der Zeit, nicht mehr dorthin zu schauen, wohin der Finger zeigt, sondern wem dieser Finger gehört. (...)“

Ein sehr prägnantes Beispiel für die Dämonisierung der „Ungläubigen“ stellte ein Anfang 2004 über das Internet verbreitetes Musikvideo dar, in dem unter dem Titel „Dirty Kuffar“ („Dreckiger Ungläubiger“) unter Verwendung von Rap-Rhythmen und Gewalt verherrlichenden Texten und Bildern zum bewaffneten Kampf aufgerufen wurde. In einzelnen Szenen wurden unter anderem Bilder der Hinrichtung eines russischen Soldaten durch Islamisten in Tschetschenien sowie der 2003 erfolgten Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater gezeigt. Das Video endete mit einer Einstellung, in der die Türme des World Trade Centers unter dem Lachen des Sängers zusammenstürzen.

Den Mord an dem niederländischen Filmmacher und Islamkritiker Theo van Gogh am 2. November in Amsterdam (Niederlande) rechtfertigte die „Anadoluda Vakiti“ in einem Beitrag in ihrer Ausgabe vom 5. November, der zugleich als Warnung an alle Nicht-Muslime zu verstehen ist:

„(...) Nicht alle Tötungsdelikte sind auch Morde, wenn die Tötung für etwas geschah, für das man selber bereit ist, zu sterben. Angreifer, Besatzer und Provokateure sollten in den Filmen, die sie drehen, in Büchern, die sie schreiben und in Kolumnen, die sie verfassen, darauf achten, dass die Geduld der Menschen, die manipuliert werden sollen, eine feine Grenze hat. Sie sollten darauf achten, dass die Geduld der Menschen nicht platzt. (...) Und wenn sie das trotzdem tun, sollten sie Folgendes sehen: Es gibt etwas wie legale Selbstverteidigung! Es gibt

keine Regel, die sagt: ‚Ich schlage darauf los und die anderen müssen stillhalten.‘ (...)“

2.2 Islamistischer Terrorismus

2.2.1 Strategie und Wirkungsmechanismen des islamistischen Terrorismus

Vom islamistischen Terrorismus geht spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 eine globale Bedrohung aus. Im Berichtsjahr wurde durch den zunehmenden Widerstand gegen die Besetzung des Irak und eine topografische Annäherung terroristischer Aktionen die Bedrohungslage in besonderer Weise deutlich.

Die Lage im Irak hat auf die Stimmung innerhalb der Bevölkerung der arabischen Staaten insoweit erhebliche Auswirkung, als die anhaltende militärische Präsenz der USA und weiterer Staaten vielfach als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines islamischen Landes und als Ausdruck „westlicher Arroganz“ empfunden wird. Auf die Niederlage im „Sechstagekrieg“ mit Israel im Jahre 1967 zurückgehende Minderwertigkeitsgefühle sowie ein ausgeprägtes Nationalgefühl innerhalb der arabischen Welt, das andere arabische „Brudervölker“ jeweils einschließt, sind neben sozialen Problemen Ursachen für eine starke Emotionalisierung, die sich auch in Teilen der arabischen Wohnbevölkerung Europas widerspiegelt.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die Verlautbarungen unter anderem Bin Ladens in starkem Maße gerade auch die Befreiung muslimischer Länder von ihren als unrechtmäßig bezeichneten Regierungen und von westlicher Vorherrschaft propagieren. Dies ist geeignet, auch außerhalb islamistischer Bestrebungen Zustimmung zu finden. Auch unter in Europa lebenden Arabern genießen Bin Laden und sein Stellvertreter Al-Zawahiri als Kämpfer gegen vermeintliches Besatzungsrecht teilweise großes Ansehen. Die Darstellung von Konflikten als Angriff des gesamten Westens auf die islamische Welt erweitert das Zielspektrum auch auf z. B. am Irak-Konflikt nicht beteiligte Länder wie Deutschland und bietet zudem einzelnen Akteuren des weltweiten islamistischen Terror-Netzwerkes die Möglichkeit, sich als Teil eines globalen Abwehrg Gefechts zu definieren. In theologischer Hinsicht erfolgt eine Bezugnahme auf die Frühzeit des Islam, in der sich dieser in einer gegenüber

den „Ungläubigen“ unterlegenen Situation befand, aber im Kampf um die Vorherrschaft auf der arabischen Halbinsel dennoch obsiegte.

Der islamistische Terrorismus ist einerseits geprägt von einer zunehmenden Aufspaltung in einzelne, regional selbständig agierende Zellen, andererseits aber auch durch eine globale Vernetzung und eine weltweite Zusammenarbeit, die sich medialer Hilfsmittel bedient. Dabei hält die zentrale Beeinflussung durch „Al-Qaida“ trotz des Verfolgungsdruckes und der Truppenpräsenz in Afghanistan an. Auch der wichtigste Widerstandskämpfer im Irak, Al-Zarqawi, hat sich demonstrativ „Al-Qaida“ unterstellt, obwohl er eigenständig agiert. Die Verlautbarungen Bin Ladens und Al-Zawahiris, die vom Fernsehsender „Al-Jazeera“ als Video- oder Tonband-Botschaften verbreitet werden, sorgen weiterhin für eine weltweite nachweisbare Beeinflussung kampfbereiter Muslime. Dabei tritt Bin Laden neuerdings mit staatsmännischem Gehabe auf und versucht, sich so in die Politik einzumischen, indem er etwa anlässlich der Präsidentschaftswahl in den USA das amerikanische Volk direkt anspricht, während Al-Zawahiri weiterhin als militanter *Jihadist* auftritt, der zur Fortsetzung des „legitimen“ bewaffneten Kampfes aufruft. Hinzugekommen ist mit Al-Zarqawi ein dritter medienpräsender Akteur, der vom Irak aus durch Video-Botschaften und spektakuläre Filme über Enthauptungen von Geiseln ein sehr reales Schreckensszenario vermittelt.

Die in Anschläge verwickelten Personen entstammen zumeist einem gebildeten Milieu und sprechen häufig mehrere Sprachen. Sie sind geübt im Umgang mit moderner Technik. Sie stammen nicht etwa aus wirtschaftlich und sozial benachteiligten Randgruppen, ihre Beeinflussung hat innerhalb Europas unter anderem auch durch diverse ideologische Propaganda im Fernsehen und im Internet stattgefunden. Eine besondere Rolle spielen dabei Periodika, die im Abstand von etwa 14 Tagen in das Internet gestellt werden und auf hohem sprachlichem und theologischem Niveau ihre Wirkung auf zukünftige *Jihadisten* nicht verfehlen dürften. Die wichtigsten Publikationen, die sich mit dem bewaffneten Kampf auseinandersetzen, sind „Saut al-Jihad“ („Die Stimme des Jihad“) und „Muaskar al-Battar“ („Das Ausbildungslager al-Battar“). Für die Umsetzung der in diesen Zeitschriften enthaltenen theoretischen Handreichungen hat der Irak zwischenzeitlich die Rolle Afghanistans über-

nommen. Auch auf in Europa lebende Araber scheint der dortige Guerillakampf eine gewisse Anziehungskraft auszuüben.

2.2.2 Ereignisse mit Relevanz für die Sicherheitslage Deutschlands

Die Bundesrepublik zählt - anders als etwa Israel, die USA oder Großbritannien - unverändert zwar nicht zu den Primärzielen des islamistischen Terrorismus. Gleichwohl ist sie aber Teil eines europäischen Gefahrenraumes, der von Angehörigen terroristischer Strukturen nicht mehr lediglich als Ruheraum und logistisches Hinterland genutzt wird. Daher sind terroristische Aktivitäten auch in Deutschland einzukalkulieren.

Am 11. März wurden in Madrid (Spanien) zeitgleich Sprengstoffanschläge auf mehrere Pendlerzüge verübt, die 191 Todesopfer sowie rund 1.500 Verletzte forderten. In einer Video-Bekennung wurden die Taten mit der Beteiligung spanischer Truppen an der militärischen Intervention im Irak begründet. Sie bedeuteten nach den Bombenanschlägen in Istanbul (Türkei) im November 2003 nicht nur eine weitere topografische Annäherung terroristischer Aktivitäten an die Bundesrepublik; sie offenbarten auch das Bestreben der Terroristen, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss zu nehmen. Die wenige Tage vor den spanischen Parlamentswahlen terminierten Anschläge hatten einen Meinungsumschwung in der spanischen Bevölkerung und damit einen Regierungswechsel in Spanien zur Folge.

Danach waren in Europa keine weiteren schweren Anschläge zu verzeichnen. Der Schwerpunkt festzustellender Aktivitäten aus dem Bereich „Al-Qaida“ lag wegen der eingeschränkten operativen Fähigkeiten aufgrund des internationalen Verfolgungsdruckes im propagandistischen Bereich. Seit Beginn des Berichtsjahres war eine regelrechte Verlautbarungsoffensive zu verzeichnen. Von herausragender Bedeutung für die Sicherheitsinteressen auch der Bundesrepublik war zunächst eine Erklärung Bin Ladens vom 15. April, in der dieser den europäischen Nationen ein „Friedensangebot“ unterbreitete, das die Einstellung aller terroristischen Aktivitäten beinhaltete, sollten innerhalb von drei Monaten alle westlichen Soldaten aus allen muslimischen Ländern abgezogen werden. Die Verlautbarung ist offenbar von der Vor-

stellung getragen gewesen, nach dem aus den Anschlägen vom 11. März resultierenden Regierungswechsel in Spanien und dem anschließend erfolgten Abzug spanischer Truppen aus dem Irak auch auf die politische Entwicklung in anderen europäischen Staaten Einfluss nehmen zu können. Dass die aus dem Ultimatum ableitbare Drohung auch Deutschland einbezieht, folgt aus der Präsenz deutscher Truppen in Afghanistan sowie aus der Tatsache, dass erstmalig eine Botschaft aus dem „Al-Qaida“-Spektrum auch mit deutschen Untertiteln ausgestrahlt wurde.

In weiteren, unter anderem über das Internet verbreiteten Erklärungen aus dem terroristischen Spektrum wurden deutschen Politikern islamfeindliche Äußerungen und der Bundesrepublik insgesamt die Mitwirkung an der Besetzung arabischer Länder vorgeworfen. Das Internet-Magazin „Muaskar al-Battar“ bezeichnete im Zusammenhang mit der Ermordung eines Deutschen im Mai in Riad (Saudi-Arabien), deren Hintergründe noch unklar sind, Deutschland als Teil der „internationalen Allianz gegen den Islam“.

In einem solchen Kontext ist auch der im Juli von der von Saudi-Arabien unterstützten Zeitung „Al-Sharq-al-Ausat“ erhobene Vorwurf zu sehen, Deutschland bilde Söldner für den Irak aus. Für die Entwicklung der Gefährdungslage in Deutschland kommt den arabischen Medien insgesamt eine wichtige Rolle zu. Selbst staatlich unterstützte Medien wie die „Al-Sharq-al-Ausat“ oder der von Katar finanzierte arabischsprachige Fernsehsender „Al-Jazeera“ zeichnen durch zum Teil tendenziöse Berichte, unter anderem über die Gerichtsverfahren gegen die mutmaßlichen Terroristenhelfer Motassadek und Mzoudi, die Durchsuchung von Moscheen und selbst über das Verfahren gegen den Führer des verbotenen „Kalifatsstaates“ (siehe dazu unter Nr. IV 2.3.3), ein eher negatives Deutschland-Bild. Demgegenüber wird Bin Laden von Fernseh- und Zeitungskommentatoren wohlwollend als „unser Scheich“ bezeichnet.

Am 1. Oktober veröffentlichte „Al-Jazeera“ eine dem Bin-Laden-Stellvertreter Al-Zawahiri zuzurechnende Tonband-Botschaft, in der dieser die Jugend des Islam zu weiterem Widerstand gegen die „Kreuzzügler“ aufforderte. Die Ereignisse im Irak, in Afghanistan und Tschetschenien hätten gezeigt, dass es möglich sei, deren Pläne

zu vereiteln. Die Muslime dürften nicht bis zum Einmarsch in weitere islamische Länder abwarten. Die Erklärung kann als Aufforderung verstanden werden, „präventive“ Anschläge gegen „feindlich gesinnte Länder“ zu verüben. Die Nennung Algeriens als angeblich bedrohtes Land dürfte auch die in Europa lebenden Maghrebener in besonderem Maße ansprechen. Die Bundesrepublik wird in der Erklärung nicht ausdrücklich genannt. Diese richtet sich aber unter Benennung einzelner Staaten allgemein gegen „die Westler“.

Derartige Erklärungen lassen nicht den Schluss zu, „Al-Qaida“ sei die steuernde Zentrale des weltweiten islamistischen Terrorismus. Unverändert gilt, dass die Organisation den Verlust ihrer Basis in Afghanistan noch nicht kompensiert hat und daher nur eingeschränkt operationsfähig ist. Für den Anschlag vom 11. März in Madrid wie auch für weitere mutmaßliche Anschlagplanungen im Berichtsjahr zeichneten überwiegend lokale, autonom agierende Kleingruppen maghrebischer Herkunft verantwortlich. Sie verfügen neben einer islamistischen Prägung häufig auch über einen allgemein-kriminellen Hintergrund, der ihre Verfassungsschutzrelevanz häufig nur schwer erkennen lässt. Einem derartigen Milieu entstammt auch der islamistische Fanatiker, der am 2. November in Amsterdam den niederländischen Filmemacher Theo van Gogh auf offener Straße ermordete. Hintergrund waren äußerst zugespitzte islamkritische Äußerungen des Opfers, die nicht nur in islamistisch-terroristischen Kreisen als notwehrrähnliche Rechtfertigung für die Tat angesehen wurden.

Einen anderen Hintergrund hatte die Festnahme mehrerer Iraker am 2. Dezember im Bundesgebiet, die verdächtigt werden, einen Anschlag auf den irakischen Ministerpräsidenten anlässlich seines Staatsbesuches in Deutschland geplant zu haben. Die Personen werden der kurdisch-islamistischen Organisation „Ansar al-Islam“ zugeordnet, die für diverse Terrorakte im Irak verantwortlich gemacht wird. Bisher nutzte die Organisation Europa lediglich für logistische Aktivitäten sowie für die Werbung neuer Kämpfer für den *Jihad*.

In Schleswig-Holstein sind bisher keine Verbindungen zu islamistischen terroristischen Strukturen bekannt geworden. Zahlreiche Ermittlungsverfahren der letzten

Jahre in Deutschland haben jedoch gezeigt, dass von einem zahlenmäßig nicht konkret zu beziffernden Potenzial von *Mujahidin* mit internationalen Verbindungen und von einer logistischen Infrastruktur (Schleusung, Dokumentenfälschung, Finanzierung) ausgegangen werden muss.

2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen

Für sämtliche Organisationen des gewaltbereiten islamistischen Spektrums gilt, dass sie sich in Deutschland weiterhin mit Aktionen zurückhalten und die Bundesrepublik als Rückzugs- und Ruheraum betrachten. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass verdeckte Aktivitäten zur Unterstützung militanter/terroristischer Bestrebungen in den jeweiligen Heimatländern betrieben werden.

In Schleswig-Holstein verfügen sämtliche gewaltbereite Organisationen, von denen nachfolgend drei näher dargestellt werden, jeweils lediglich über Einzelmitglieder.

2.3.1 „Hizb ut-Tahir“

Mit Wirkung vom 15. Januar 2003 wurde die „Hizb ut-Tahir“ (HuT; „Islamische Befreiungspartei“) vom Bundesministerium des Innern mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegt, weil sich die Organisation gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele befürwortet. Ihr deutschsprachiges publizistisches Sprachrohr, die Zeitschrift „Explizit“, die durch antisemitische und antidemokratische Agitation sowie durch verbale Militanz gekennzeichnet war, ist seit dem Verbot nicht mehr erschienen. Allerdings weist eine angeblich von einer Gruppe nicht organisationsgebundener Muslime betriebene Internet-Seite deutliche Bezüge zur HuT auf, die den Schluss nahe legen, dass die Organisation weiterhin versucht, auch ein deutschsprachiges Publikum mit ihrer Propaganda zu erreichen.

2.3.2 HAMAS/„Al-Aqsa e. V.“

Am 5. August 2003 war der in Aachen ansässige Verein „Al-Aqsa e. V.“ vom Bundesministerium des Innern verboten worden wegen der Unterstützung der palästinensischen HAMAS („Islamische Widerstandsbewegung“) durch die Sammlung von Spenden. Ziel der HAMAS ist die Vernichtung des Staates Israel, was sie insbeson-

dere durch den Einsatz von als „Märtyrern“ verherrlichten Selbstmord-Attentätern zu erreichen versucht. Das Bundesverwaltungsgericht hat die gegen das Verbot gerichtete Klage am 3. Dezember abgewiesen und zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt, dass in der finanziellen Unterstützung von in Palästina ansässigen, der HAMAS zuzuordnenden Sozialvereinen eine Unterstützung gegen Israel gerichteter Gewalttaten zu sehen sei und diese Unterstützung sich damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte; dies gelte unabhängig davon, ob die transferierten Gelder unmittelbar den militärischen Aktivitäten der HAMAS dienten oder - wie der Verein geltend gemacht hat - lediglich der sozialen Unterstützung der Familien von „Märtyrern“. In Deutschland werden die Positionen der HAMAS vom „Islamischen Bund Palästina“ vertreten, der etwa 300 Mitglieder umfasst.

2.3.3 „Kalifatsstaat“

Der Führer der am 12. Dezember 2001 vom Bundesministerium des Innern verbotenen Islamistenorganisation „Kalifatsstaat“, Metin Kaplan, wurde am 12. Oktober in die Türkei abgeschoben. Grundlage dieser Maßnahme war eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln, das eine Klage gegen die Abschiebungsverfügung der Stadt Köln und einen Antrag auf Untersagung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abgewiesen hatte. Die Abschiebung des als „Kalifen von Köln“ bezeichneten Kaplan, die zwischenzeitlich vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde, dürfte zu einer weiteren Schwächung der Organisation und Verunsicherung der Anhänger des ehemaligen „Kalifatsstaats“ führen.

2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation

Mit rund 26.500 Mitgliedern stellt die IGMG nach wie vor die größte islamistische Organisation in Deutschland dar. Sie ist aus der 1985 gegründeten „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa“ (AMGT) hervorgegangen, die sich 1995 in selbständige juristische Personen aufteilte. Der IGMG fällt seitdem die satzungsmäßige Aufgabe zu, sich mit religiösen, sozialen und kulturellen Belangen ihrer Mitglieder zu befassen, während die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ für die Verwaltung des beträchtlichen Immobilienbesitzes der ehemaligen AMGT zuständig wurde. Vermutlich erfolgte die seinerzeitige Umorganisation, um behördliche

Zugriffe auf das Vermögen der ehemaligen AMGT zu erschweren und sich des Makels der gerichtlich bestätigten Bewertung als islamistisch durch den Verfassungsschutz zu entledigen. Letzteres ist nicht gelungen, insbesondere auch deshalb, weil sich die IGMG wie ihre Vorläuferorganisation an der Ideologie des Führers der „Milli-Görüs“- Bewegung, Necmettin Erbakan, orientiert. Mehrere von Erbakan gegründete Parteien sind in der Türkei verboten worden, weil sie die Beseitigung der laizistischen türkischen Staatsordnung anstrebten.

Ausgangspunkt der Ideologie der „Milli-Görüs“-Bewegung ist der scharfe Gegensatz von religiös und säkular begründeten Ordnungen, wie Erbakan dies Anfang der Neunzigerjahre in seinem Werk „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“) formuliert hat. Demnach ringen von Anbeginn zwei Zivilisationen miteinander um die Vorherrschaft, von denen eine auf den Offenbarungen beruht, die die Propheten von Gott erhalten haben, während die andere auf Stärke und Gewalt gegründet ist. Während die ethisch-religiös fundierte Ordnung eine umfassende Gerechtigkeit hervorbringt, leben die Menschen in der „Zivilisation der Stärke“ nach eigenen Regeln und Gesetzen mit der Folge von Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung. Als aktuelle Erscheinungsform einer solchen Zivilisation nennt Erbakan „den Westen“; ihr Merkmal sei die Demokratie. Diese Zivilisation wird, da sie einer ethisch-religiösen Grundlage entbehrt, in den türkischen Ausgaben von „Adil Düzen“ als „Batil Düzen“ („Ordnung des Aberglaubens/ungültige Ordnung“) bezeichnet, wobei der Begriff „Batil“ ausdrückt, dass diese Ordnung nichtig, das heißt ohne jede Existenzberechtigung ist. Für ihre Ablösung durch eine islamisch bestimmte „gerechte Ordnung“ sollen alle Muslime kämpfen. Die „Milli-Görüs“-Bewegung ist Teil dieses Kampfes.

Ein Bruch mit diesem ideologischen Erbe ist trotz verbaler Bekenntnisse der IGMG zur deutschen Verfassungsordnung bisher nicht überzeugend dargelegt. Innerhalb der Organisation genießt Erbakan unverändert hohe Wertschätzung, an der gemäßigten Partei des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan orientierte Kreise haben sich gegen die bisher die IGMG dominierenden traditionellen Kräfte noch nicht durchsetzen können. Die unveränderte Ausrichtung zeigt sich auch daran, dass die IGMG in den innertürkischen Auseinandersetzungen um das an Hochschulen geltende Kopftuchverbot in der Weise Partei ergreift, dass sie den als „Opfer des Kopf-

tuchverbots“ bezeichneten Studentinnen Stipendien und Unterkunft in Deutschland gewährt („Milli Gazete“ vom 7. September). Als weiterer deutlicher Beleg ist zu werten, dass im Rahmen einer im September erfolgten Durchsichtung der Räume der IGMG-Zentrale Südbayern zahlreiche islamistische, darunter auch die Ideologie Erbakans verherrlichende Schriften sichergestellt werden konnten. In einer der zur Verbreitung unter IGMG-Mitgliedern bestimmten Schriften mit dem bezeichnenden Titel „Ist die Demokratie der Wille des Volkes?“ heißt es:

„(...) Die Demokratie, deren Quelle das Heidentum des antiken Griechenlands ist, verdankt ihr ideologisches, wirtschaftliches und politisches Dasein und ihre Entwicklung dem westlichen Kapitalismus und dem jüdischen Zionismus. (...)“

Vor dem Hintergrund des Fundes ist das verbandsinterne Bildungs- und Freizeitangebot der IGMG, insbesondere ihre breit angelegte Jugendarbeit, z. B. in Gestalt von Korankursen, kritisch zu sehen. Eine Indoktrination im vorstehenden Sinne wäre geeignet, gerade jüngere Muslime gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft und ihre Werteordnung abzuschotten und somit die sich abzeichnende Herausbildung einer islamischen Parallelgesellschaft zu befördern.

Als weiterhin problematisch stellt sich die mangelnde Transparenz des IGMG-Gefüges dar. Nicht nur bezogen auf die Organisation selbst war auch im Berichtsjahr die Absicht erkennbar, Vorgänge zu verschleiern und tatsächliche Absichten nicht offen zu erklären. Auch ist der Einfluss der IGMG auf islamische Verbände für Außenstehende nur schwer zu erkennen. In diesem Zusammenhang ist nicht nur der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e. V.“ zu nennen, dessen Vorsitzender ein langjähriger IGMG-Funktionär ist, sondern auch das „Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.“ (BIG).

Das BIG, das seinen vereinsrechtlichen Sitz in Neumünster hat, dessen faktische Zentrale sich aber in Hamburg befindet, bezeichnet auf seiner Internet-Seite die IGMG als seinen „Kooperationspartner“. Tatsächlich muss allerdings wegen inhaltlicher und personeller Überschneidungen von einem dominierenden Einfluss der IGMG ausgegangen werden. Gerade die Tatsache, dass der derzeitige Vorsitzende

des BIG gleichzeitig Vorsitzender des IGMG-Gebietes Nord ist, rechtfertigt die Einschätzung, dass das auch Schleswig-Holstein umfassende IGMG-Gebiet vom BIG repräsentiert wird. Dem BIG sind 17 formal selbständige Vereine angeschlossen, in Schleswig-Holstein existieren Mitgliedsvereine in Kiel (zwei), Rendsburg, Neumünster, Lübeck und Glinde (Kreis Stormarn). Diese IGMG-nahen Vereine im Lande haben rund 500 Mitglieder.

Eine wichtige Bedeutung für das türkische islamistische Spektrum kommt der türkischsprachigen Tageszeitung „Milli Gazete“ zu, die islamistische Inhalte auf der Linie der „Milli-Görüs“-Bewegung transportiert. Die Zeitung, die mit einer Deutschland-Auflage von 10.000 in der Anhängerschaft der IGMG weit verbreitet ist, weist häufig antiisraelische bis offen antisemitische sowie verschwörungstheoretisch aufgeladene antiwestliche Zerrbilder auf (siehe dazu unter Nr. IV 2.1). Wiederholt wird auch das Verhältnis zu anderen Religionen thematisiert. So werden in der Internet-Ausgabe vom 14. Juli die „wahren Muslime“ zum Umgang mit den Nicht-Muslimen wie folgt ermahnt:

„(...) Oh Gläubige, befreundet Euch nicht mit den Juden und Christen. (...) Wer sich mit ihnen befreundet, ist einer von ihnen. (...) Du wirst naturgemäß feststellen, dass die bedeutendsten Feinde der Gläubigen die Juden und die Götzendiener sind. (...) uns wird auch gelehrt, dass wir nicht den Weg der perversen Christen, sie wären auf dem wahren Weg, und der von Allah verfluchten Juden gehen dürfen. (...)“

Die IGMG dementiert immer wieder ihre Verbundenheit mit der „Milli Gazete“. Dieser Distanzierung widersprechen allerdings nicht nur Werbeaktionen für die Zeitung bei IGMG-Veranstaltungen. Auch finden sich in nahezu jeder Ausgabe der „Milli Gazete“ Berichte über oder Hinweise auf Veranstaltungen selbst kleiner Ortsvereine der IGMG. Größere Veranstaltungen der Organisation werden zum Teil sogar ganzseitig angekündigt. Entsprechend wird auch über deren Ablauf berichtet. Im Ergebnis wird nahezu das gesamte Verbandsleben nicht von dem formalen IGMG-Organ „Milli Görüs & Perspektive“, sondern von der „Milli Gazete“ abgebildet; Letztere stellt für die IGMG-Mitglieder ein unverzichtbares Informationsmedium dar. Dies rechtfertigt die Bewertung der Zeitung als Sprachrohr der IGMG. Zwar hat der IGMG-Vorsitzende in der „tageszeitung“ vom 7. Mai erklärt, man distanzieren sich von „proble-

matischen Inhalten“ der „Milli Gazete“, diese Aussage ist aber viel zu unsubstantiiert und auch angesichts der dargestellten Bedeutung der Zeitung für die Organisation und ihre Mitglieder nicht überzeugend.

3 „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)

3.1 Bezüge zur verbotenen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Der KONGRA-GEL wurde im November 2003 gegründet. Die Gründung erfolgte in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der Auflösungserklärung des „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), in den sich die ehemalige PKK im April 2002 umbenannt hatte. Der KONGRA-GEL weist personell wie inhaltlich deutliche Bezüge zum KADEK und damit mittelbar auch zur 1993 vom Bundesministerium des Innern verbotenen PKK auf. Insbesondere hat der Gründer der PKK, Abdullah Öcalan, unbeschadet seiner Inhaftierung in der Türkei auch weiterhin entscheidenden Einfluss auf die Geschicke der Organisation. Zentrale Anliegen auch des KONGRA-GEL sind die an die Türkei gerichtete Forderung nach einem Waffenstillstand sowie die Haftsituation Öcalans. Schließlich dienen die schon von der PKK ins Leben gerufenen und derzeit im Nord-Irak „stationierten“ Guerilla-Einheiten, die „Volksverteidigungskräfte“, auch dem KONGRA-GEL als Mittel, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Hintergrund der Gründung des KONGRA-GEL war offenbar das erneute Bemühen, sich des Makels der terroristischen Vergangenheit zu entledigen. Der KONGRA-GEL ist aber faktisch eine weitere Nachfolgeorganisation der PKK; diese Einschätzung dürfte der Grund dafür sein, dass der KONGRA-GEL wie seine Vorgängerorganisationen von der Europäischen Union in die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen wurde. Von einer Identität des KONGRA-GEL mit der PKK geht auch der Bundesgerichtshof aus, der in einer im Oktober getroffenen Entscheidung die Führungsebene der Organisation als kriminelle Vereinigung eingestuft hat.

3.2 Inhaltliche Ausrichtung der Organisation

Wie seine Vorgängerorganisationen orientiert sich der KONGRA-GEL ideologisch an Sozialismusvorstellungen marxistisch-leninistischer Prägung. Zentrale Person

der Organisation ist trotz der fehlenden formellen Funktion als Vorsitzender der zur „Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes“ ernannte PKK-Gründer Abdullah Öcalan. Der Kult um seine Person hält unverändert an, er ist weiterhin die Identität stiftende Figur.

Trotz wiederholter Verlautbarungen, die Organisation demokratisch umgestalten zu wollen, bestehen die überkommenen Strukturen, die eine umfassende Einbeziehung der kurdischen Bevölkerung zum Ziel haben, auch innerhalb des KONGRA-GEL fort. Europa ist in einzelne, hierarchisch aufeinander aufgebaute „Verwaltungsbezirke“ (Sektoren, Regionen, Gebiete, Teilgebiete) eingeteilt, die unter einer zentralen Steuerung der „Europaführung“ von professionellen oder halbprofessionellen Kadern geleitet werden. Da diese autoritäre Kaderstruktur auch künftig nicht zur Disposition stehen dürfte, entsprechen auch Konzeptionen von „Volksvertretungen“ auf unterschiedlichen Ebenen kommunistischen Vorstellungen einer Räte-Demokratie. Vereinzelt immer noch festzustellende Repressalien gegen Spendenunwillige und Abweichler belegen ebenfalls ein mit Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbarendes Demokratieverständnis.

Der KONGRA-GEL sieht sich als „Befreiungsbewegung“ für die gesamte kurdische Bevölkerung.

3.3 Anhängerschaft

Die Zahl der Anhänger des KONGRA-GEL beläuft sich bundesweit auf rund 11.500 und bezogen auf Schleswig-Holstein auf rund 750 und ist damit gegenüber den Vorjahren konstant geblieben. Auch im Berichtsjahr zeigte sich allerdings die Fähigkeit der Organisation, zu Großveranstaltungen mit kurdischem Hintergrund und einem folkloristischen Begleitprogramm weit größere Massen zu mobilisieren.

Viele Mitglieder sind in Mitgliedsvereinen organisiert, die häufig neben einer offiziellen Zugehörigkeit zum Dachverband der KONGRA-GEL-orientierten Vereine YEK-KOM („Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“) aufgrund ihrer Einbindung in interne KONGRA-GEL-Aktivitäten als inoffizielle Vereine der „Koordi-

nation der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), dem politischen Arm des KONGRA-GEL, anzusehen sind. Die CDK entstand zu Beginn des Jahres durch Umbenennung der „Kurdischen Demokratischen Volksunion“ (YDK) und steht in der Nachfolge der 1993 gemeinsam mit der PKK verbotenen Frontorganisation „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK). Wie ihre Vorgängerinnen soll die CDK die Politik der Mutterorganisation an die Basis tragen und die „kurdischen Massen“ in die hierarchischen Strukturen einbinden.

Zentrale Anlaufstelle für KONGRA-GEL-Anhänger in Schleswig-Holstein ist unverändert die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel. Der Verein ist Gründungsmitglied der YEK-KOM, die als Reaktion auf das 1993 erfolgte Verbot des seinerzeitigen Dachverbandes FEYKA-Kurdistan ins Leben gerufen wurde. Von der „Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e. V.“ gehen nahezu alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kurdenproblematik im Lande aus, wobei diese überwiegend Teil bundes-, wenn nicht gar europaweiter Kampagnen des KONGRA-GEL sind. In der Tageszeitung „Özgür Politika“, einem Propagandainstrument des KONGRA-GEL, wird über die Aktivitäten des „Kieler Vereins“ regelmäßig berichtet.

Die „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ ist bestrebt, in der Öffentlichkeit und gegenüber Behörden unter Verschleierung ihres Hintergrundes als Interessenwalterin aller Kurden im Lande aufzutreten.

3.4 Fortführung des Friedenskurses

Der im Jahr 1999 von Abdullah Öcalan eingeleitete Friedenskurs hatte auch im Berichtsjahr grundsätzlich Bestand. Allerdings waren auch von Repräsentanten des KONGRA-GEL an die Türkei gerichtete Drohungen mit einer Rückkehr zur bewaffneten Auseinandersetzung zu verzeichnen. Hintergrund war die Forderung der Organisation, als Ansprechpartner in der „kurdischen Sache“ anerkannt zu werden.

Zu Beginn des Jahres rief der Vorsitzende des KONGRA-GEL, Zübeyir Aydar, die Türkei zum Dialog auf und erklärte, die Organisation sehe sich einer demokratischen Politik verpflichtet. Er mahnte jedoch, dass „Krieg auf der Tagesordnung“ stünde,

sollte die Türkei keine wirklichen Schritte zur Lösung der Kurdenfrage unternehmen. Andere Funktionäre erklärten 2004 zum Jahr des Volksaufstandes.

Angesichts wiederholter bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) und türkischen Sicherheitskräften wurden aus Führungskreisen der HPG im April Kriegsdrohungen laut. In einer Stellungnahme vom 28. Mai erklärte der Kommandorat der HPG den bisherigen Waffenstillstand mit Wirkung vom 1. Juni für beendet. Dieser Waffenstillstand habe durch die „Vernichtungsoperationen des türkischen Staates“ - gemeint waren militärische Aktionen gegen die Guerilla im Südosten des Landes im Frühjahr - seinen Sinn verloren. Man werde nunmehr sein „Recht auf legitime Selbstverteidigung“ wahrnehmen. Darüber hinaus wurde gewarnt, dass sich der Konflikt auch auf andere Bereiche - vor allem auf die Wirtschaft und den Tourismus - auswirken könne. Ausländische Investoren und Touristen sollten sich dessen bewusst sein, da die HPG keine Verantwortung für in diesem Zusammenhang entstehende Schäden übernehmen werde. Gleichzeitig wurden Bedingungen formuliert, die vom türkischen Staat zu erfüllen seien, um die Konfliktsituation zu beenden, unter anderem die Beendigung der Operationen gegen die HPG sowie der „Isolationshaft“ Abdullah Öcalans. Der KONGRA-GEL-Vorsitzende Aydar unterstützte die Aufhebung des Waffenstillstandes und beschuldigte die türkische Regierung, seit Jahren keine Schritte für den Frieden unternommen zu haben.

Berichten der KONGRA-GEL-nahen Tageszeitung „Özgür Politika“ vom 1. August zufolge erklärte der Vorsitzende des „Verteidigungskomitees“ des KONGRA-GEL, Murat Karayilan, die Beendigung des „einseitigen Waffenstillstandes“ stelle keinen „Kriegsbeschluss“ dar. In weiteren Erklärungen vom 1. September und 22. November bekräftigte der KONGRA-GEL, dass ein dauerhafter Waffenstillstand bei Erfüllung seiner Forderungen möglich sei.

Der Wechsel von Drohungen und deeskalierenden Erklärungen ist eine seit Jahren von der PKK und ihren Nachfolgeorganisationen praktizierte Strategie. Wiederholt hatte die Organisation in den Vorjahren die Aufkündigung des als einseitig bezeichneten Waffenstillstandes angekündigt, sollte die Türkei keine geeigneten Schritte

zur Lösung der Kurdenfrage unternehmen. Die Aufrechterhaltung der Drohkulisse soll nicht nur die Forderungen nach außen unterstreichen, sondern hat auch den Zweck, die Anhängerschaft zu mobilisieren. Diese definiert die Organisation nach wie vor vorrangig über den bewaffneten Kampf.

Die wiederholten Drohungen lassen darauf schließen, dass der Gewaltverzicht trotz seiner nunmehr fünfjährigen Dauer keineswegs unumkehrbar ist. Mehrfache Zusammenstöße zwischen türkischen Sicherheitskräften und Kämpfern der HPG sind Ausdruck der angespannten Situation.

In der Zeit von Juli bis September verübte eine bislang unbekannte Gruppe mit dem Namen „Freiheitsfalken Kurdistans“ mehrere Anschläge in der Türkei, unter anderem auf zwei Touristenhotels. Ob ein Bezug zum KONGRA-GEL besteht, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Selbst wenn ein solcher bestehen sollte, wäre eine Rückkehr zu breit angelegten Guerilla-Aktionen aber aktuell insbesondere deshalb nicht zu erwarten, weil die Organisation hierdurch jegliche Glaubwürdigkeit verlieren und damit ihren politischen Anspruch konterkarieren würde.

In Krefeld entzündeten am 14. April etwa zehn Anhänger des KONGRA-GEL vier Autoreifen durch Brandbeschleuniger. Dabei zeigten sie unter anderem eine Fahne der PKK sowie zwei Bilder von Abdullah Öcalan. Die Polizei nahm vier Personen vorläufig fest und stellte Flugblätter sicher, in denen die Aufnahme des KONGRA-GEL in die Liste terroristischer Organisationen der Europäischen Union thematisiert wurde. Derartige Ereignisse, die auch schon in den vergangenen Jahren zu verzeichnen waren, haben Ausnahmecharakter und stellen auch für das Gebiet der Bundesrepublik den Friedenskurs der Organisation nicht in Frage.

3.5 Abspaltung namhafter Funktionäre

In einer am 14. August veröffentlichten Verlautbarung erklärten mehrere Spitzenfunktionäre des KONGRA-GEL unter der Führung von Osman Öcalan, dem Bruder des in der Türkei inhaftierten PKK-Gründers, die Errichtung einer neuen Kurdenorganisation mit dem Namen „Patriotisch-Demokratische Partei“ (PDP). Ziel der neuen

Partei sei die Unterstützung der „kurdischen Freiheitsbewegung“, die auf der Grundlage einer „demokratischen Lösung“ aus ihrer selbst verschuldeten Sackgasse herausgeführt werden solle. Die Arbeit der PDP solle sich auf die gesamte Region beziehen, vor allem werde man sich aber auf die Türkei konzentrieren. Man werde sich weiterhin für Abdullah Öcalan einsetzen, diesem aber keinen Einfluss auf die Politik der PDP gewähren. Im Gegensatz zum KONGRA-GEL wolle man die Ziele der PDP auf friedlichem Wege erreichen. Den USA messe man bei der Lösung der Kurdenfrage eine zentrale Rolle zu. Obwohl die Mitglieder des KONGRA-GEL dazu aufgerufen seien, sich der PDP anzuschließen, werde mit der Parteigründung nicht die Zerstörung des KONGRA-GEL angestrebt.

Die Spaltung des KONGRA-GEL hatte sich bereits zu Beginn des Jahres abgezeichnet. Wiederholt war es auf der Führungsebene zu Differenzen über den weiteren Kurs gekommen. Im Februar hatten sich mehrere Personen um Osman Öcalan von der Organisation abgesetzt. Nach organisationsinternen Verhandlungen und einer kurzzeitigen Rückkehr kam es infolge der Aufkündigung des Waffenstillstandes durch den KONGRA-GEL zum endgültigen Bruch.

Die Abspaltung hat innerhalb des KONGRA-GEL zu erheblichen Unruhen geführt. Nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen des PKK-Spektrums, seinen politischen Anspruch nach außen zu transportieren, besteht die Sorge, dass die Dissidenten als Ansprechpartner in der „kurdischen Sache“ akzeptiert werden könnten. Eine derartige Entwicklung hätte aus Sicht des KONGRA-GEL existentielle Bedeutung. Deshalb waren heftige verbale Reaktionen keine Überraschung. Anhänger der PDP wurden in den KONGRA-GEL-nahen Medien als Verräter bezeichnet. KONGRA-GEL-Anhänger wurden vor nicht näher bezeichneten Konsequenzen eines Übertritts zur PDP gewarnt. Verbale Attacken gegen die PDP-Protagonisten auch aus der KONGRA-GEL-Führung wurden von ersteren als „Todesbefehl“ interpretiert.

Anschläge auf das Leben von Dissidenten sind nicht zu erwarten, da die Organisation damit ihren Friedenskurs konterkarieren würde. Möglich sind allerdings einzelne Disziplinierungsmaßnahmen; auch in den vergangenen Jahren konnten vereinzelte

Übergriffe auf Abweichler festgestellt werden. Das Ausmaß von Reaktionen des KONGRA-GEL wird aktuell davon abhängen, ob es der PDP gelingt, nennenswert Mitglieder auf ihre Seite zu ziehen. Dies hätte neben Reputationsverlust auch finanzielle Einbußen im Spendenaufkommen zur Folge. Bisher steht die Basis den Abtrünnigen eher kritisch gegenüber, dies gilt wegen des Kultstatus Abdullah Öcalans insbesondere für dessen Bruder.

3.6 Aktivitäten

Wie in den Vorjahren hatten auch im Jahr 2004 die ungeklärte Kurdenfrage sowie das Schicksal von Abdullah Öcalan wieder eine herausragende Bedeutung. Im Laufe des Jahres trat mit der von der Europäischen Union (EU) zu treffenden Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein weiteres Aktionsfeld hinzu. Der KONGRA-GEL sieht einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit gemischten Gefühlen entgegen: Einerseits wird ein Beitritt der Türkei zur EU grundsätzlich begrüßt; andererseits besteht die Befürchtung, dass Beitrittshindernisse unter Verdrängung der Kurdenfrage auf ökonomische Probleme reduziert werden könnten und der KONGRA-GEL als „treibende Kraft für eine Lösung“ weiterhin ignoriert wird.

Zu den einzelnen Aktionsfeldern führte der KONGRA-GEL verschiedene Großveranstaltungen durch, die seine anhaltende Mobilisierungsfähigkeit belegten:

Anlässlich des fünften Jahrestages der Festnahme von Abdullah Öcalan (15. Februar 1999) in Kenia veranstalteten Anhänger des KONGRA-GEL am 14. Februar in Straßburg (Frankreich) eine friedlich verlaufene Großdemonstration mit rund 12.000 Teilnehmern unter dem Motto „Freedom for Öcalan - Peace in Kurdistan“. Auch aus Deutschland waren zahlreiche Anhänger angereist; Schleswig-Holstein war mit rund 150 Teilnehmern vertreten.

Aus Anlass des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ fanden in mehreren europäischen Staaten Kundgebungen und Aufzüge statt, so auch in mehreren deutschen Städten. Höhepunkt war eine zentrale Demonstration am 20. März in Hannover mit

rund 25.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und den angrenzenden Staaten. Zu der Veranstaltung, die unter dem Motto „Frieden, Freiheit und Demokratie“ stand, hatte unter anderem die YEK-KOM aufgerufen. Die Feier verlief störungsfrei, allerdings brachten zahlreiche Teilnehmer ihre Sympathie für den KONGRA-GEL und Abdullah Öcalan durch Fahnen und Parolen wie „Freiheit für Apo“ zum Ausdruck. Auch in Kiel fand am 19. März eine Demonstration mit rund 200 Teilnehmern statt, die ebenfalls friedlich verlief.

In Straßburg wurde am 9. Juni eine europaweite Großdemonstration unter dem Motto „Freiheit für Öcalan und freies Kurdistan“ veranstaltet, an der sich rund 7.500 überwiegend aus Deutschland angereiste Kurden beteiligten. Hintergrund war das an diesem Tag eröffnete Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, das unter anderem die Umstände der Ergreifung Öcalans im Jahre 1999 zum Gegenstand hat.

Am 10. Juli fand in Dortmund das „1. Internationale Zilan-Frauenfestival“ mit rund 5.000 Personen statt. Namensgeberin für das Festival ist eine Selbstmord-Attentäterin, die von Angehörigen und Sympathisanten des KONGRA-GEL als Märtyrerin verehrt wird.

Am 30./31. Juli führte die dem KONGRA-GEL nahe stehende YEK-KOM in Köln das jährlich stattfindende „7. Mazlum-Dogan-Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ durch. An der Veranstaltung nahmen rund 6.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie zum Teil aus dem angrenzenden Ausland teil. In Grußbotschaften verschiedener KONGRA-GEL-naher Organisationen wurden die Jugendlichen dazu aufgefordert, den politischen Kampf im Sinne Abdullah Öcalans zu verstärken.

Am „Kurdistan-Kulturfestival“ am 25. September in Gelsenkirchen nahmen mehr als 40.000 Personen teil. Mit rund 10.000 blieb die Zahl der Teilnehmer an der am 11. Dezember in Brüssel (Belgien) mit Blick auf die Entscheidung der EU über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durchgeführten Demonstration deutlich hinter den Erwartungen der Organisation zurück.

3.7 Finanzierung

Den Hauptteil seiner Einnahmen bestreitet der KONGRA-GEL über die jährliche Spendenkampagne, wobei die Spenden in Einzelfällen auch mit „Nachdruck“ gesammelt werden, um den Spendenvorgaben der Organisationsführung gerecht zu werden - was allerdings auch im Berichtsjahr nicht gelungen ist. Weitere Einnahmen werden aus dem Verkauf von Publikationen, der Durchführung von Veranstaltungen sowie über die Vereine aus der Erhebung regelmäßiger Mitgliedsbeiträge erzielt. Mit dem Geld wird sowohl der Medienapparat finanziert als auch die Funktionärsarbeit in Europa unterstützt. Erheblichen Finanzbedarf verursachen nach wie vor die Guerilla-Einheiten.

4 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängierzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2002 bis 2004

	2002	2003	2004
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	60	55	50
• islamistische Gruppen	500	500	500
• extrem-nationalistische Gruppen	470	470	450
Kurdische Organisationen	750	750	750
Iranische Organisationen	30	30	30
Arabische Organisationen sowie nicht eindeutig zuzuordnende Einzelpersonen aus dem Spektrum arabischer Islamisten *	65	65	75
Gesamt Land	1.875	1.870	1.855
Gesamt Bund	57.350	57.300	57.500

* Letztere erstmalig einbezogen